

W A L K

T H E

T A L K

Kompass 2030

DIE WIRKLICHKEIT DER DEUTSCHEN
ENTWICKLUNGSPOLITIK 2017

 terre des
hommes
Hilfe für Kinder in Not

 welt
hunger
hilfe

INHALT

INHALT	02
VORWORT	03
<i>Einführung</i> DEUTSCHLAND IM JAHR ZWEI DER AGENDA 2030	05
<i>Auftakt</i> WALK THE TALK – UNSERE PRIORITÄTEN	09
<i>Handlungsfeld 01</i> ARMUT UND UNGLEICHHEIT – ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE	10
<i>Handlungsfeld 02</i> ZEIT FÜR EINE WENDE GEGEN HUNGER	13
<i>Handlungsfeld 03</i> FLUCHT UND MIGRATION – NICHT DAS PROBLEM	16
<i>Handlungsfeld 04</i> KINDER BRAUCHEN STARKE FREUNDE	19
<i>Brennpunkt Zivilgesellschaftliche Kooperation</i> ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN - CREATING SPACE	22
<i>In a Nutshell</i> EMPFEHLUNGEN ZUM JAHR DREI DER AGENDA 2030	24
<i>Ranking</i> ZÄHLEN, WAS ZÄHLT: SDG-BILANZ VERBESSERN	26
ENDNOTEN	27
ABKÜRZUNGEN	27

Impressum

KOMPASS 2030

Die Wirklichkeit
der deutschen
Entwicklungspolitik
2017

ANSPRUCH

Walk the Talk!

HERAUSGEBER

Deutsche
Welthungerhilfe e. V.

terre des hommes
Deutschland e. V.

REDAKTION

Richard Haep,
Jonas Schubert

AUTORIN

Marina Zapf

GESTALTUNG

Katharina Noemi Metschl

DRUCK

Offset-Druck Schönesseifen
Röttgener Straße 100,
53127 Bonn

REDAKTIONSSCHLUSS

31. Oktober 2017

ISBN-NUMMER:

978-3-941553-28-6

Dieser Bericht ist online
verfügbar unter:

WELTHUNGERHILFE.DE/
KOMPASS2030

TDH.DE/
KOMPASS2030



VORWORT

In diesem Jahr veröffentlichen terre des hommes Deutschland und Welthungerhilfe den 25. Bericht zur „Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“, den wir seit Verabschiedung der Agenda für Nachhaltige Entwicklung als Kompass 2030 präsentieren. Er unterzieht die deutsche Entwicklungspolitik einer kritischen Analyse und leitet daraus Empfehlungen an die neue Bundesregierung ab.

In den letzten Jahren hat Deutschland sein Engagement im Kampf gegen Hunger und Armut wie auch für zivilgesellschaftliche Teilhabe deutlich gesteigert. Wir stellen jedoch fest, dass Entwicklungszusammenarbeit zunehmend in den Dienst innenpolitischer Interessen gestellt wird, während die Erreichung gemeinsamer globaler Ziele und Standards ins Hintertreffen gerät. Es wird deutlich, dass Deutschland kein Vorreiter in Sachen nachhaltiger Entwicklung ist.

Zugleich ist die Entwicklungszusammenarbeit angesichts zahlreicher Krisen mit hohen Erwartungen konfrontiert, steht aber wegen ihrer vermeintlich unzureichenden Wirkung in der Kritik. In der notwendigen Strategiedebatte bietet unser Bericht eine Orientierungshilfe.

Bonn, Osnabrück und Berlin im November 2017

DR. TILL WAHNBÆCK
Vorstandsvorsitzender Welthungerhilfe

JÖRG ANGERSTEIN
Vorstandssprecher terre des hommes

DEUTSCHLAND IM JAHR ZWEI DER AGENDA 2030

Die deutsche Entwicklungspolitik steht vor ihrer vielleicht größten Bewährungsprobe. Auf der einen Seite ist sie mit hohen Erwartungen konfrontiert. Die jüngsten Flucht- und Migrationsbewegungen haben der Bundesregierung vor Augen geführt, dass dringender Handlungsbedarf besteht, Menschen politische und ökonomische Perspektiven vor allem in Afrika zu eröffnen. Gleichzeitig steigt der Druck ungelöster Krisen und Konflikte, während die USA als globale Ordnungsmacht ausfallen und die EU von nationalistischen Bewegungen geschwächt ist.

Die Entwicklungspolitik soll – so Bundeskanzlerin Angela Merkel schon vor dem Wahljahr 2017 – einen effektiveren Beitrag zur Bewältigung von Krisen besonders in Europas Nachbarschaft leisten. Ihre Wirkung wird aber politisch vor allem angesichts der Migrationsbewegungen aus Afrika in Frage gestellt; sie habe Afrika „nicht nach vorne“ gebracht, befand Merkel beim Gipfel der Industrie- und Schwellenländer (G20) in Hamburg. Es sei Zeit für eine andere Entwicklungspolitik, die Investitionen verstärke und mehr auf gute Regierungsführung setze.

In diesem Spannungsfeld muss sich Entwicklungspolitik neu behaupten. Entscheidend ist die Frage, ob die Agenda 2030, das gemeinsame Ziel aller Staaten, als Zukunftsmodell einer neuen Perspektive für globale Entwicklung in der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd dient. Zu den universell geltenden UN-Zielen

(SDG) hat die Bundesregierung sich in der Nachhaltigkeitsstrategie bekannt. Initiativen zur Umsetzung erfolgen noch weitgehend in der Nische der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die ist nun gefordert, stärkere Impulse für ressortübergreifendes Handeln zu geben.

TREND ZUR MIGRATIONSABWEHR

Zugleich gilt es, in der Entwicklungspolitik einige Schwerpunkte zurechtzurücken. So leitet das Bemühen, den Migrationsdruck auf Europa und Deutschland zu mindern, zunehmend die Ausrichtung der Entwicklungspolitik (s. Seite 16). Im Bundeshaushalt stiegen seit 2015 vor allem die Ansätze zur „Bekämpfung von Fluchtursachen“ und zur Krisenbewältigung. Afrika rückte in den Fokus. Aber in der Partnerschaft überwiegt der Gedanke, der eigenen Wirtschaft das Engagement auf dem Kontinent zu erleichtern – und die unbegründete Hoffnung, Beschäftigungseffekte könnten derart beschleunigt werden, dass sie Abwanderung aufhalten.

Somit ist zwar die Bereitschaft lobenswert, dass Entwicklungspolitik mehr leisten soll. Das öffentliche Bewusstsein ist aber nicht offen dafür, dass zu einem umfassenden Entwicklungsbegriff ganzheitliche Ansätze gehören. Die schließen Konfliktbewältigung und faire Rohstoff- und Handelspolitik ebenso ein wie Programme gegen hartnäckige Not und

für gute Governance in Partnerländern. Und es bedeutet auch, dass das Industrieland Deutschland lernt, ein Stück abzugeben – also weniger von den Ressourcen der Welt zu beanspruchen. Der Erdüberlastungstag unseres Landes fiel in diesem Jahr auf den 24. April, weltweit auf den 2. August.⁽¹⁾ Deutschland lebt weiter über seine (planetaren) Verhältnisse.

Bislang redet die Bundesregierung einer gerechteren Weltordnung im Sinne der SDG vor allem das Wort. Sie schafft im eigenen Land nicht die nötigen Voraussetzungen. Wer wirksam globale Entwicklung fördern will, darf aber die Augen nicht vor wachsender Ungleichheit verschließen: „arm bleibt arm, und reich wird immer reicher“.

Folgenabschätzungen, wie Handel Entwicklungsländer benachteiligt, wie in globalen Lieferketten menschenrechtliche und ökologische Standards missachtet werden, Produktions- und Konsummuster weltweit Böden auszehren, Umwelt zerstören und Ungleichheiten verstärken, finden nicht statt. Impulse für eine Transformation, die Weichen für nachhaltiges Wirtschaften stellt UND den negativen Fußabdruck auf Mensch und Umwelt in anderen Ländern reduziert, bleiben aus.

IM G20-VORSITZ EINE CHANCE VERTAN

Dem Jahr 2017 gab die Agenda 2030 das Leitbild „gegen Armut, für Wohlstand, in einer Welt im Wandel“.⁽²⁾

Der deutsche G20-Vorsitz wäre eine Chance gewesen, dem in Wachstumsglauben verhafteten Club eine Wende zu einer gerechteren und menschenrechtsbasierten Gestaltung der Globalisierung abzurufen – auf der Grundlage eines sozial-ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodells. Die Kanzlerin ließ sie verstreichen.

Auf dem Gipfeltreffen blieb der G20-Aktionsplan zur Agenda 2030 ein handverlesenes „Jeder-für-sich“, weit entfernt von einem konzertierten Modell. Im „Hamburg Update“ wurde lediglich ein freiwilliger Erfahrungsaustausch zur SDG-Umsetzung verabredet.⁽³⁾ Selbst der Schwerpunkt Afrika, mit dem Merkel Verantwortung für den Nachbarkontinent zeigen wollte, geriet im Ringen um einen Klimakonsens zur Fußnote. Dabei lieferten gleich drei Initiativen – der BMZ-Marshallplan mit Afrika, die BMF-„Compacts with Africa“ und das Pro! Africa des BMWi – ein Paradebeispiel konkurrierender statt kohärenter Politik. Entsprechend skeptisch reagierte die Zivilgesellschaft.⁽⁴⁾

So sollen die Compact-Partnerschaften zwar Kapital anziehen. Weder wird jedoch ein Rahmen für die

Einhaltung sozialer und menschenrechtlicher Standards gesteckt, noch Vorsorge getroffen gegen mögliche Folgekosten von Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur für Bürger und Staat. Ob neue Schulden tragbar sind, scheint zweitrangig. Zudem lassen die Pläne besonders bedürftige Länder und jene mit schwacher und fragiler Staatlichkeit außen vor. Der Fokus auf ausgesuchte Länder läuft dem Leitprinzip der Agenda 2030, „Leave No One Behind“, zuwider, auch wenn im Schlussdokument steht, die Compacts sollen helfen, „Armut und Ungleichheit als Ursachen von Migration anzugehen“.

Auch sonst hinterlässt der G20-Gipfel wenig Meilensteine. Nennenswert bleibt das Ziel, Kinderarbeit bis 2025 zu beenden.⁽⁵⁾ Ein von Merkel erhofftes Zeichen für einen „verantwortungsvollen“ Freihandel blieb hingegen ebenso aus wie Zusagen, Politik gegenüber dem ärmeren Teil der Weltbevölkerung solidarischer und nachhaltiger zu gestalten.

Als Vorreiter für eine gerechtere Weltordnung macht die Bundesregierung also keine gute Figur. „Wir haben kein Erkenntnisproblem,

sondern ein Umsetzungsproblem“, gestand Entwicklungsminister Gerd Müller bei der Vorlage seines Berichts zur Legislaturperiode ein.⁽⁶⁾ Eine differenzierte Betrachtung, warum das so ist, blieb er schuldig – selbst, als im G20-Kontext sein Politikfeld gerade in Afrika als nicht besonders wirksam kritisiert wurde.

QUO VADIS ENTWICKLUNGSPOLITIK

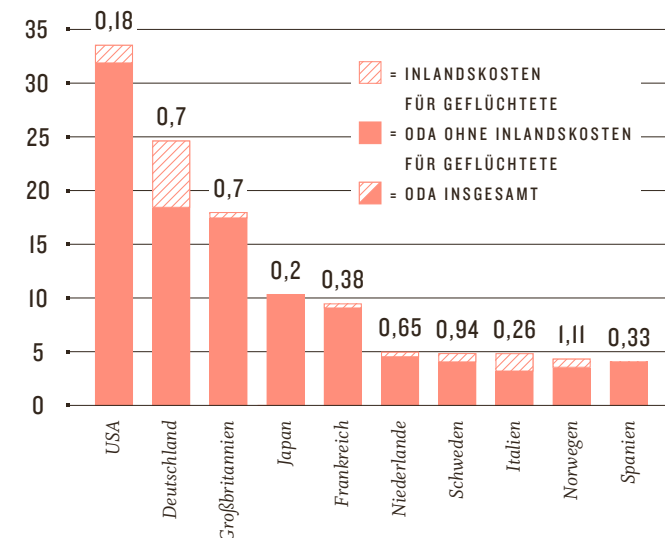
Aber was folgt daraus? Will Deutschland sich wie die G20 programmatisch zu „inklusive nachhaltiger Entwicklung“ bekennen, in der Praxis aber vor allem auf wirtschaftliche Fortschritte gegen Hunger und Armut setzen? Klar ist doch, dass diese allein nicht genügen. Ohne parallel soziale Sicherungssysteme aufzubauen, Lebensperspektiven und Teilhabe zu verbessern, wird Wirtschaftsförderung in Afrika für arme Menschen ins Leere laufen.

Auch der Marshallplan will, bei aller guten Intention, das Haus bauen, ohne das soziale Fundament zu stärken. Die klassische staatliche Daseinsfürsorge scheint er allein Afrikas Regierungen überlassen zu wollen. Deutschland will die Säulen Wirtschaft, Handel, Beschäftigung, Frieden und Rechtsstaat stützen.⁽⁷⁾ Noch sind dem Plan keine Mittel zugewiesen. Gelder allein als „Antreiber und Förderer privater Investitionen“ zu sehen, wäre indes verkehrt. Die Zusage die Compacts mit 300 Mio. Euro zu „flankieren“, um Standortbedingungen zu verbessern, ist kein gutes Vorzeichen für die Rolle der EZ.

Mit der Sonderinitiative Fluchtursachenbekämpfung hat die Bundesregierung die EZ in der öffentlichen Wahrnehmung aufgewertet. Allerdings schwingt stets die Illusion mit, Fluchtbewegungen könnten damit eingedämmt werden. In der Praxis fielen EZ und Humanitärer Hilfe unter dem erhöhten Migrationsdruck zunehmend die Rolle zu, Menschen auf der Flucht vor Konflikten und Elend zu versorgen. Dieser Schutz ist humanitäres Gebot. Doch markiert vor

ABB. 01: DIE ZEHN GRÖSSTEN GEBER DER DAC-STAATEN

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA), 2016, vorläufig, in Mrd. \$, laufend netto, und in Prozent des BNE, Quelle OECD, April 2017



**ABB. 02:
TOP 10-EMPFÄNGER
DEUTSCHER ODA**

 Bilaterale ODA, 2015, in Mio. € netto,
Stand: 10.12.2016, Quelle BMZ

	2015
01 INDIEN	677,6
02 CHINA	491,4
03 SÜDAFRIKA	349,0
04 UKRAINE	335,7
05 AFGHANISTAN	326,4
06 MAROKKO	317,3
07 TÜRKEI	288,1
08 INDONESIA	280,8
09 SYRIEN	249,8
10 BRASILIEN	242,9
Von Gesamt-ODA	12 723

allein der 2015 aufgelegte Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika, der „den wachsenden Strom erzwungener Migration in den Griff bekommen“ soll, einen Paradigmenwechsel.

Es wächst die Gefahr, dass der Einsatz von Entwicklungsgeldern mehr von der innenpolitischen Debatte über Migrationsmanagement und Sicherheit als von der Mitverantwortung eines reichen Industrielandes für eine nachhaltige globale Entwicklung bestimmt wird. Menschenrechte drohen auf der Strecke zu bleiben.⁽⁸⁾ Und eine Bevorzugung von Staaten entlang der Migrationsrouten steht zu befürchten.

Ohnehin zeichnet sich im BMZ-Haushalt die Fluchtdynamik deutlich ab. Er stieg 2017 um 1 Mrd. auf den Rekord von 8,5 Mrd. Euro (Abb. 05, Seite 8).⁽⁹⁾ Mehrausgaben kommen hauptsächlich der „Bekämpfung von Fluchtursachen und Reintegration von Flüchtlingen“ zugute, für die der Ansatz der Sonderinitiative inzwischen auf 395 Mio. Euro angestiegen

ist. Übergangshilfen bei Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur wuchsen auf 500 Mio. Euro an, Mittel zur Stabilisierung von Aufnahme- und Transitländern in Nahost und Nordafrika blieben bei 70 Mio. Euro stabil. Im Jahr davor hatte die Bundesregierung 3 Mrd. Euro für Neuzusagen zur Reduzierung von Fluchtursachen sowie zur Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden vorgesehen.⁽¹⁰⁾

**GEBERBILANZ MIT
ABSTRICHEN VERBESSERT**

Insgesamt steht Deutschland als Geber staatlicher Entwicklungsgelder (ODA) gut da (Abb. 01): Der Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) attestierte für 2016 einen Rekordbeitrag von 24,67 Mrd. Dollar (22 Mrd. Euro). Mit einem guten Drittel mehr als im Vorjahr erreichten Bund (insbesondere BMZ und AA), Länder und Gemeinden erstmals das Ausgabenziel von 0,7 des Bruttonationaleinkommens (BNE).⁽¹¹⁾

Mit darin enthalten ist jedoch die Versorgung von Geflüchteten im Inland: Stolze 6,2 Mrd. Dollar verbuchte Deutschland für Asyl- und Schutzberechtigte im Inland – doppelt so viel wie im Vorjahr 2015. Die Anrechnung als ODA ist regelkonform im Club der Geberstaaten. Dennoch

bläht sie mit jedem vierten ODA-Euro die Bilanz auf (Abb. 03). „Real“ stiegen die Mittel nur um ein Fünftel auf eine Quote von 0,52 Prozent.⁽¹²⁾

Das Nachsehen haben weiter die ärmsten Länder (LDC). Es ist nicht erkennbar, dass der negative Trend gestoppt wäre: Nach den zuletzt verfügbaren Zahlen sank die Zusammenarbeit mit 2,34 Mrd. Euro 2015 auf den niedrigsten Stand seit 2009 (Abb. 04).⁽¹³⁾ Das ist nur etwa ein Siebtel der gesamten ODA. Das UN-Ziel von 0,15-0,20 Prozent vom BNE wird mit 0,08 Prozent deutlich verfehlt. Auch im DAC-Durchschnitt erhielten LDC 2016 vier Prozent weniger ODA, obwohl der Trend längst umgekehrt sein sollte. „Es ist unannehmbar, dass die Hilfe für die ärmsten Länder erneut rückläufig ist“, rügte OECD-Generalsekretär Angel Gurría.⁽¹⁴⁾

Während andere EU-Länder ihre Mittel schon stärker in einkommensschwache Länder lenken, bleiben die Hauptempfänger deutscher Zuwendungen Schwellenländer wie China und Indien. An die Top Ten, darunter Ukraine und Afghanistan, gingen 2016 3,56 Mrd. Euro Zuschüsse und Darlehen – rund ein Viertel aller bilateralen ODA (Abb. 02). Südlich der Sahara ist nur ein Land dabei: Südafrika. Auf die Top-Ten-Empfänger unter den LDC entfallen nur 7,1 Prozent.

Wie zur Gegenrede betont die Regierung im Entwicklungsbericht

ihr starkes Engagement in Krisengebieten. Aus ODA-Mitteln seien 2015 4,2 Mrd. Euro in fragilen Staaten eingesetzt worden; davon 1,3 Mrd. Euro BMZ-Mittel für Krisenprävention, -bewältigung und Friedensförderung, und 1,3 Mrd. Euro des AA für Frieden, Stabilität und humanitäre Hilfe.

Spitzenempfänger unter fragilen Staaten sind Afghanistan, Syrien, Ägypten und Irak, alle Herkunfts- und Transitländer von Geflüchteten. Die Top Ten erhielten 1,3 Mrd. Euro bilaterale ODA. Ging 2015 noch jeder vierte ODA-Euro in fragile Staaten, so findet mittlerweile die Hälfte deutscher EZ in fragilen Staaten statt.⁽¹⁵⁾

**HAUSHALT UND
STRATEGIE ZUKUNFTSFEST
MACHEN**

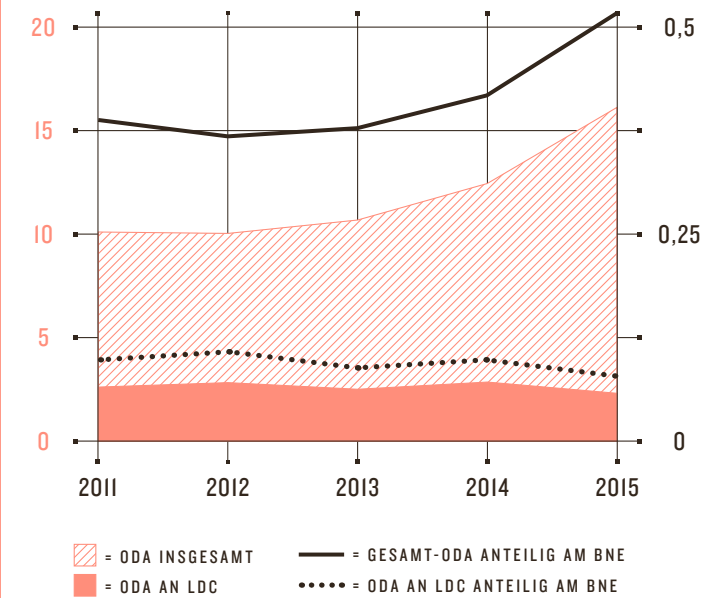
In dem Maß, wie in unserer Nachbarschaft und global die Aufgaben wachsen, wird eine Strategiedebatte notwendiger denn je.⁽¹⁶⁾ Eine Politik, die Fluchtursachen bekämpfen will, muss auch der Ursache Nummer eins, Konflikten und Instabilität, begegnen und ihr Prävention und zivile Friedenssicherung entgegensetzen. Dafür Entwicklungspolitik in die Sicherheits- und Außenpolitik zu vereinnahmen, wie es etwa auf der Münchener Sicherheitskonferenz diskutiert wurde, wäre dagegen ein Irrweg.⁽¹⁷⁾

Für eine Welt ohne Hunger und Armut ist EZ als eigenständiges Politikfeld unverzichtbar. Sie setzt schließlich da an, wo Krisen häufig entstehen⁽¹⁸⁾: bei Auseinandersetzungen um ungleich verteilte Macht und Ressourcen, bei ethnischen Spannungen, mangelnder politischer Teilhabe und schlechter Regierungsführung. In ihrer operativen und haushaltstechnischen Aufstellung sollte sie aber offen sein für Innovation.

Voraussetzung bleibt ein gut ausgestatteter Haushalt. Obwohl dieser in der Legislaturperiode um 35 Prozent Regierung im Finanzplan zum Haushaltsentwurf 2018 keine vergleichbare Dynamik. Vorgesehen ist eine „Verste-

ABB. 04: ÄRMSTE LÄNDER PROFITIEREN NICHT

ODA an LDC 2015 auf Tiefstand. Farbig: deutsche Gesamt-ODA und ODA an LDC (in Mrd. € netto, linke Achse), schwarz: ODA-Quote gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) (in Prozent, rechte Achse), Quelle: BMZ



tigung“ bei 8,7 Mrd. Euro über vier Jahre.⁽¹⁹⁾ Die künftigen Regierungsparteien können also ihre Versprechen für eine Aufstockung einlösen und die deutsche EZ strategisch an der Agenda 2030 ausrichten.

Um das Ziel von 0,7 Prozent vom BNE mit entwicklungsförderlichen Vorhaben zu erreichen, bleibt Luft nach oben. Das Finanzministerium hat – aufgrund der gesunkenen Zahl von Geflüchteten – für 2018 eine ODA-Quote im Sinkflug vorgesehen: 0,52 Prozent.⁽²⁰⁾

Der neuen Regierung empfehlen wir:

01 Nachhaltige Entwicklungsziele als Handlungsrahmen setzen: Sie zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur der EZ. Das Silodenken einzelner Ressorts muss überwunden werden, damit Deutschland ressourcenschonend, sozial gerecht, inklusiv und nachhaltig wirtschaftet – auch mit Blick auf extraterritoriale Auswirkungen, vor allem der Klima-, Wirtschafts-, Handels- und Agrarpolitik.

02 Strategiedebatte führen: Die Entwicklungspolitik muss ihr eigenständiges Profil verteidigen und darf sich nicht für Ziele der Migrationsabwehr oder inneren Sicherheit instrumentalisieren lassen. Sie muss aber effektiver und auch inklusiver werden. Die neue Legislaturperiode bietet sich an, eine Strategiedebatte zu führen, wie Entwicklungszusammenarbeit zukünftig ausgestaltet wird. Ihr Rahmen: die Agenda 2030.

03 Mehrausgaben gezielt einsetzen: Deutschland muss seine Zusagen einhalten und die ODA-Mittel zügig auf „real“ 0,7 Prozent des BNE steigern. Die Zivilgesellschaft muss dabei als strategischer Partner aufgewertet werden (ab Seite 24). Fokus und Mittel der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich auf die ärmsten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen und Länder richten. Es geht nicht nur um Grundbedürfnisse, sondern vor allem um Grundrechte und um politische wie wirtschaftliche Teilhabe.

ABB. 03: VERZERTE BILANZ

Inlandskosten für die Versorgung von Geflüchteten machen ein Viertel der deutschen ODA-Leistung aus, 2016, bi- und multilateral, in Mrd. \$, Quelle OECD

[Hatched circle] = INLANDSKOSTEN GEFLÜCHTETE [Solid circle] = ODA INSGESAMT

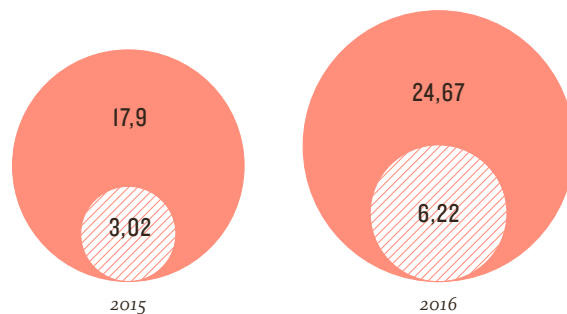
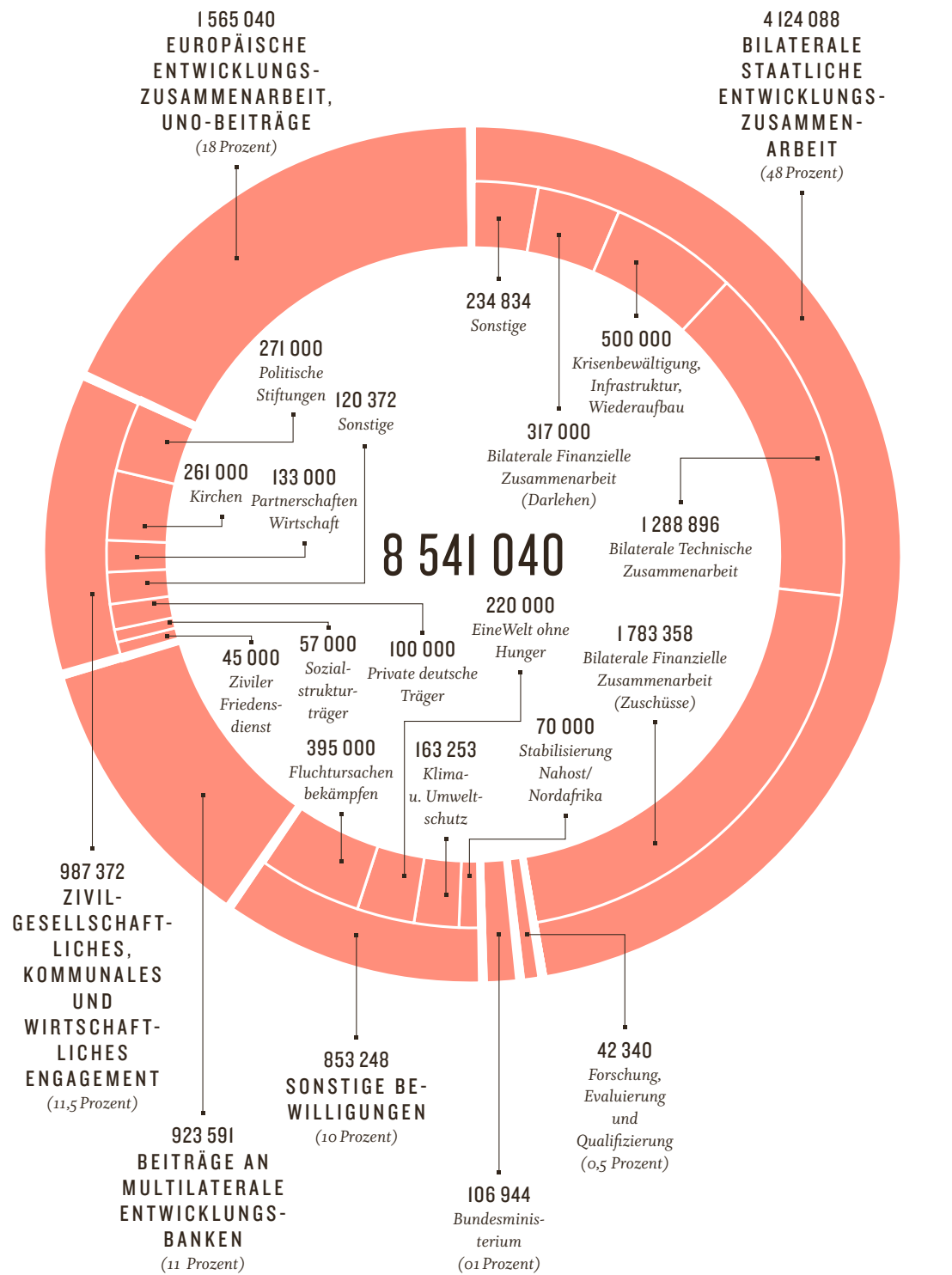


ABB. 05: HAUSHALT 2017 EINZELPLAN 23

Einzelplan Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
in Tsd. €, Quelle: bundeshaushalt-info.de



WALK THE TALK: UNSERE PRIORITÄTEN

Der Agenda 2030-Prozess setzt für 2017 das Leitmotiv, mehr gegen Armut zu tun und Wohlstand gerechter zu verteilen. Die Zivilgesellschaft verfolgt kritisch, wie Regierungen Pläne zur Umsetzung der Ziele verwirklichen. Der anfängliche Elan scheint verpufft. Viele Staaten setzen derzeit andere Prioritäten als Veränderungen für globale nachhaltige Entwicklung.

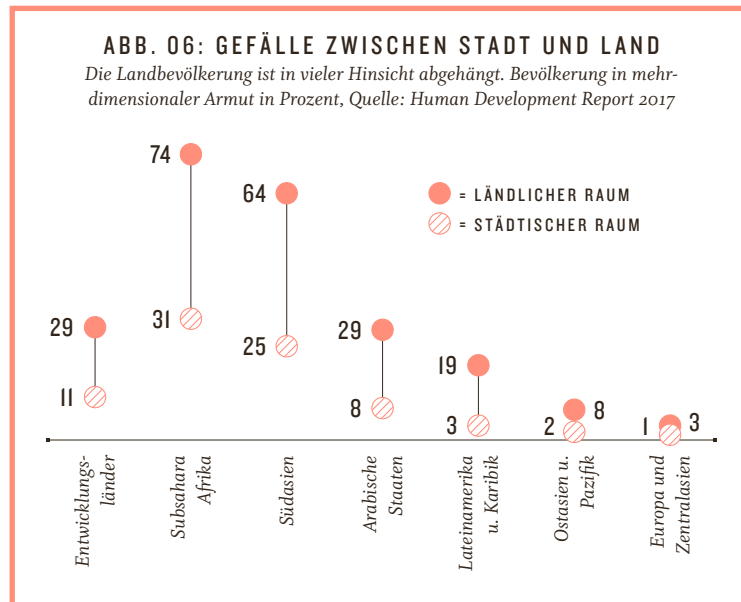
Deutschland hat 2016 mit der Neuauflage seiner Nachhaltigkeitsstrategie Ansprüche formuliert. Aber auch hier wurden im Jahr vor der Bundestagswahl Auseinandersetzungen über widerstrebende Interessen auf dem Weg zu nachhaltigem Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen vermieden. Die ungelösten Probleme werden derweil nicht weniger. Eine neue Regierung muss deshalb die selbst auferlegten Ziele energischer umsetzen, statt es beim Reden zu belassen. Eben: WALK THE TALK!

Im Bezugsrahmen der Agenda 2030 vertiefen wir in diesem Jahr vier Handlungsfelder, bei denen uns wichtig ist, dass die Bundesregierung Kurskorrekturen vornimmt: Die Prioritäten Armut, Hunger, Migration und die besonders verwundbare Gruppe der Kinder gehen dabei nicht nur Entwicklungspolitik etwas an. Ein weiterer Fokus, der sich wie ein roter Faden durch die Aufgaben zieht: die Rolle und Situation der Zivilgesellschaft.

ARMUT UND UNGLEICHHEIT: ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Trotz vieler Fortschritte im Kampf gegen die Armut bleibt die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1,90 Dollar am Tag auskommen müssen, extrem hoch und darf uns nicht ruhen lassen: 800 Millionen Menschen bis 2030 aus Armut zu befreien, wie es die Agenda 2030 zum Ziel hat (SDG 1), „wird nicht einfach sein“, mahnt das UN-Nachhaltigkeitsforum (HLPF) 2017, „weil Wirtschaftswachstum allein dafür nicht ausreicht.“⁽¹⁾ Vielmehr müssten „zusammenhängende Faktoren“ der Ursachen bekämpft werden: durch inklusives Wachstum, soziale Sicherungssysteme, Grundversorgung in Gesundheit, Zugang zu Bildung und Ernährungssicherheit. „Das Überwinden der Armut verlangt nach kohärenten übergreifenden Initiativen.“

Nicht umsonst fordert SDG 1, Armut in allen Erscheinungsformen zu beseitigen. Denn die Erfassung über Einkommen allein greift zu kurz. Armut zeigt sich als Entbehrung in vielen Formen: wenn es im Lebensstandard nicht für Wasser, Sanitär-



einrichtungen oder Strom reicht, wenn Gesundheitsversorgung unerschwinglich ist, Kinder nur kurz oder gar nicht zur Schule gehen.

Materielle Not und weitere solche Entbehrungen behindern 1,6 Milliarden Menschen in ihrer Entwicklung; sie leben zu mehr als 80 Prozent in Südasien und Afrika; in Konfliktgebieten betrifft es jeden Zweiten. Weitere 900 Millionen Menschen gelten als armutsgefährdet.

Armut ist überwiegend ländlich (Abb. 06): 80 Prozent der Armen gehören zur Landbevölkerung, 65 Prozent leben von der Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte aller Armen sind Kinder und Jugendliche.

Die erweiterte „mehrdimensionale“ Armut (MDP) bildet die UN-Ent-

wicklungsorganisation (UNDP) inzwischen in ihrem Jahresbericht über die menschliche Entwicklung ab.⁽²⁾ Denn die Werte spiegeln wie kaum andere die soziale Ungleichheit und somit unterschiedliche Entbehrungen innerhalb von Gesellschaften wider – und mit ihnen die Notwendigkeit gezielter armutsorientierter Politik. Die muss in Entwicklungsländern besonders notleidende Gebiete und Milieus erreichen. In den Länderdaten des MDP-Index lassen sich diese mühelos erkennen.⁽³⁾

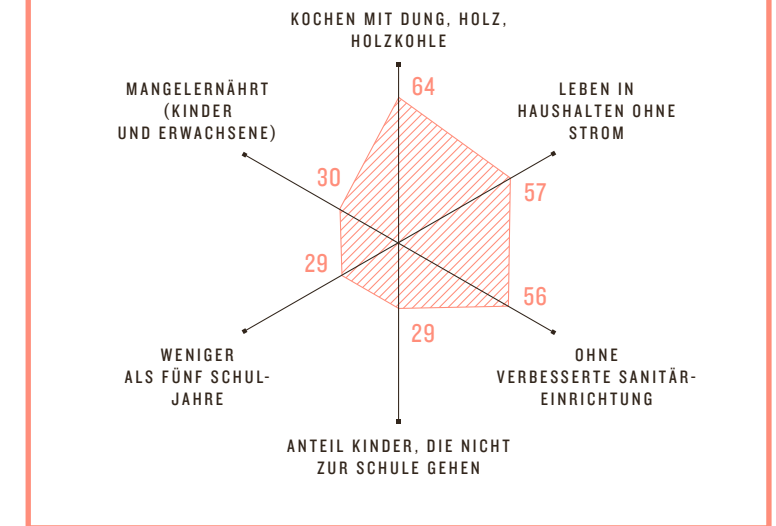
Weder ist Armut gottgegeben, noch Ungleichheit ein Schicksal. Beides sind Folgen politischer Entscheidungen. Das betont neben anderen Entwicklungsökonominnen vor allem Jeffrey Sachs: Bei einer Wirtschaftsleistung von 17000 Dollar pro Mann,

Frau und Kind 2017 weltweit sei nicht Knappheit das Problem, sondern die Verteilung des Wohlstands. Dass ungleiche und ungerechte Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen Gesellschaften destabilisieren, ja Konflikte auslösen oder verschärfen, ist wissenschaftlich belegt. Umgekehrt vernichten Konflikte Entwicklung und kosten rund zwölf Prozent des globalen Sozialprodukts.⁽⁴⁾

Dennoch steht die universelle Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse nicht da, wo sie stehen sollte: ganz oben auf der politischen Agenda. Es fehlt der Wille. Die Brookings Institution läutet die Alarmglocken. In der Studie „How close to zero?“ zeigt sie, welche Defizite zu beseitigen sind, um Armutsursachen strukturell zu überwinden: in Ernährung, Mutter-Kind-Gesundheit, Grundbildung, Wasser und Hygiene. „Die größten Sorgen bereiten 37 Länder, die keines dieser Ziele erreichen werden, wenn sie weitermachen wie bisher“, so das ernüchternde Fazit. Die Länder sind teils einkommenschwach (LIC), teils von mittlerem Einkommen (MIC), 28 liegen in Afrika, darunter auch Kenia.⁽⁵⁾

Die größte Volkswirtschaft Ostafrikas liegt im UN-Index der menschlichen Entwicklung (HDI) nach Lebenserwartung, Schulzeit und Kaufkraft auf Rang 146 (von 188). Rechnet der Index Faktoren der Ungleichheit dazu (IHDI), fällt Kenias Wert um 29,5 Prozent auf das Niveau der meisten Länder Afrikas. Der Index, der mehrdimensionale Armut misst, stuft 36 Prozent der Kenianer als „severely poor“ ein – arm in über der Hälfte von zehn Kategorien (vgl. Subsahara-Afrika mit sechs Kategorien, Abb. 07). Weitere 32 Prozent seien

ABB. 07: DIMENSIONEN DER ARMUT IN AFRIKA
Der MPI-Index misst Armut nach unterschiedlichen Entbehrungen, hier sechs davon südlich der Sahara, jeweils Anteil der Bevölkerung in Prozent, Quelle: OPHI 2017



1,6
MILLIARDEN MENSCHEN LEIDEN UNTER MEHR-DIMENSIONALER ARMUT

„gefährdet“: der höchste Wert in Afrika.⁽⁶⁾ So ist ein bescheidener Wohlstand auch äußerst fragil.

AUS DER PRAXIS

Die Welthungerhilfe führt in einer verwundbaren Region Kenias mit Unterstützung des BMZ ein Projekt für eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe durch, das an den Dimensionen Ernährung, Hygiene, Einkommen und Bildung an-

setzt⁽⁷⁾: Das Volk der Massai zieht in den Savannen Ostafrikas mit seinen Rindern zwischen wenigen Wasserstellen und Weiden umher. Längere Dürreperioden und unzuverlässige Regenzeiten bedrohen das Lebensmodell, die Tiere verdursten.

Einige Massai entschieden sich für die Sesshaftigkeit. Der Staat teilte Land zu, eine Partnerorganisation unterstützt den Übergang. In mehr als 50 Selbsthilfegruppen lernen die Menschen den Umgang mit dem kargen Boden, säen widerstandsfähiges Gras, pressen Heu für die Lagerhaltung. Sie lernen, die Qualität der Weiden zu verbessern, Regenwasser zu nutzen und Rinder so gesund zu halten, dass sie auch Fett ansetzen und Milch geben. Dazu werden Kenntnisse in Hygiene, Milchkühlung und Vermarktung vermittelt.

Trockene Gebiete machen 80 Prozent von Kenias Fläche aus. Auf ihnen leben 30 Prozent der Bevölkerung. Armutsorientierte integrale Ansätze wie das Massai-Projekt müssen vom pilothaften Ansatz in die Breite getragen werden, am besten als Teil mehrjähriger Programme. Deutsche EZ verfolgt in Kenia zwar Ansätze, in vernachlässigten Gebieten die Widerstandskraft gegen Dürre zu stärken. Auch wird aus einem überregionalen

Wirtschaftswachstum allein wird nicht reichen, um Armut zu besiegen

UNO-NACHHALTIGKEITSFORUM, ZWISCHENBERICHT, JULI 2017

80
PROZENT DER ARMEN AUF DEM LAND SIND BAUERN UND LANDARBEITER

Programm zur Ernährungssicherung ganzheitlich in Landbau, Gesundheit, Bildung, Soziales und Wasser/Hygiene investiert. Aber eine Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Projekten schon in der Antragsphase wäre im Sinne der Wirksamkeit zielführender. Absprachen für Konzepte könnten in Länderstrategien eingehen. Die Welthungerhilfe arbeitet über ihre Partner auch mit Lokalregierungen, denen Nairobi die Umsetzung der SDG-Bereiche Agrar, Gesundheit und Wasser übertragen hat. So könnte sich eine stärkere „Governance von unten“ mit Programmansätzen „von oben“ besser ergänzen. Die Bevölkerung könnte mitgestalten und Rechenschaft fordern.

Der Fall Kenia steht hier nur stellvertretend. Die nächste Bundesregierung muss das Prinzip „LEAVE NO ONE BEHIND“ in die Tat umsetzen:

01 Fight Poverty First: Für die Reduzierung der Armut muss die Bekämpfung struktureller Ursachen von Ungleichheit energischer und umfassender in den Fokus rücken – vor allem im ländlichen Raum (Abb. 08). Im Dialog mit Partnerländern

ABB. 08: WEGWEISER FÜR PRO-POOR-POLITIK
Der mehrdimensionale Armutsindex (MPI) bricht Armut herunter in Grundbedürfnisse und zeigt Aufholbedarf in zentralen SDG-Feldern an, Quelle OPHI

DIMENSIONEN	INDIKATOREN	ZIELE AGENDA 2030
GESUNDHEIT	Ernährung	SDG 2 Zero Hunger
	Kindersterblichkeit	SDG 3 Gesundes Leben
BILDUNG	Ausbildung/Jahre Schule/Zugang	SDG 4 Hochwertige Bildung
LEBENS-UMSTÄNDE	Kochenergie, Elektrizität	SDG 7 Bezahlbare, saubere Energie
	Sanitärversorgung, Trinkwasser	SDG 6 Trinkwasser und Sanitärversorgung
	Boden (Beschaffenheit)	SDG 11 angemessener Wohnraum
	Wertgegenstände	SDG 1 Armut überwinden

muss es ein Schwerpunkt sein, in die nationalen SDG-Pläne ganzheitliche armutsorientierte Programme (pro-poor) und Umverteilungspolitiken

wie Cash Transfers oder soziale Sicherungssysteme zu integrieren.

02 Umverteilung auch in der bilateralen EZ: Es muss massiv in die viel zu geringe bürgerliche und zivilgesellschaftliche Beteiligung investiert werden, damit alle Kräfte der Gesellschaft mobilisiert werden. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung müssen wissen und verstehen, was die Regierung plant, und sie müssen sich Gehör verschaffen können.

03 Eigenmittel mobilisieren: Ländern des Süden entgehen nicht nur durch Steuertricks internationaler Konzerne Gelder für nachhaltige Entwicklung, sondern auch durch unzureichende Mobilisierung eigener Steuereinnahmen. Die Bundesregierung sollte daher - neben einem stärkeren Einsatz gegen Steuerdumping, Gewinnverschiebung und Steuerflucht - die Bemühungen der Länder gegen Korruption und diesbezügliche Reformen der öffentlichen Verwaltung stärker unterstützen als bisher.

ABB. 09: FORMEN DER ENTBEHRUNG
Menschen werden in mehrfacher Hinsicht in ihrer Entwicklung behindert; in Millionen, ausgewählte Bereiche, Quelle: Human Development Report 2017

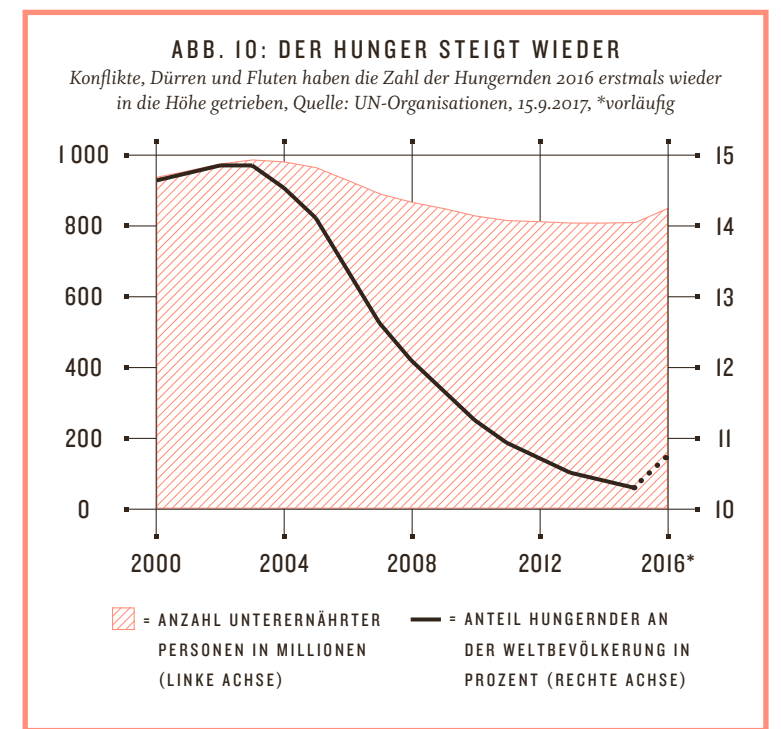
Kinder mit Wachstumsverzögerung	159
Kinder ohne Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben, Rechnen	250
Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser	663
Menschen leben mit weniger als 1,90 Dollar/Tag	766
Menschen leiden unter chronischem Hunger	795
Menschen leben in urbanen Slums	880
Menschen verrichten ihre Bedürfnisse unter freiem Himmel	946
Menschen haben keinen Zugang zu verbesserten Sanitäranlagen	2400

ZEIT FÜR EINE WENDE GEGEN HUNGER

Erstmals seit einem Jahrzehnt ist die Zahl der Hungernden 2016 wieder gestiegen: um 38 Millionen auf 815 Millionen Menschen (Abb. 10).⁽¹⁾ Soll Hunger überwunden werden, muss er dreimal so schnell abnehmen wie bisher, hieß es schon im vergangenen Jahr an dieser Stelle.⁽²⁾ Stattdessen werden mühsame Erfolge – allen politischen Willensbekundungen zum Trotz – wieder zunichte gemacht. UN-Organisationen nennen Konflikte und extreme Wetterphänomene als Ursachen.

Seit Jahresbeginn sind im Jemen, in Nigeria und am Horn von Afrika mehr als 70 Millionen Menschen aufgrund von Konflikten und Dürre auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Trotz funktionierender Frühwarnsysteme reagierte die Weltgemeinschaft, mit einigen Ausnahmen, katastrophal spät und unzureichend auf die Krisen. Im August dieses Jahres waren weniger als 40 Prozent des humanitären Bedarfs finanziert.⁽³⁾ Kriege und Konflikte sind neben klimabedingten Naturkatastrophen die schlimmsten Treiber. Nicht nur in Zeiten der SDG ist das ein Armutszeugnis für die Weltpolitik.

Weltweit sind vor allem Kinder Opfer des Hungers: Jedes vierte Kind unter fünf Jahren ist in seiner körperlichen und geistigen Entwicklung unwiederbringlich zurückgeblieben.⁽⁴⁾ In einkommensschwachen Ländern (LIC) ernährt sich nur jedes dritte Kind ausgewogen.⁽⁵⁾ Über zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Die am stärksten betroffenen Grup-



pen sind Kleinbauern, Hirten, Fischer und indigene Gruppen.

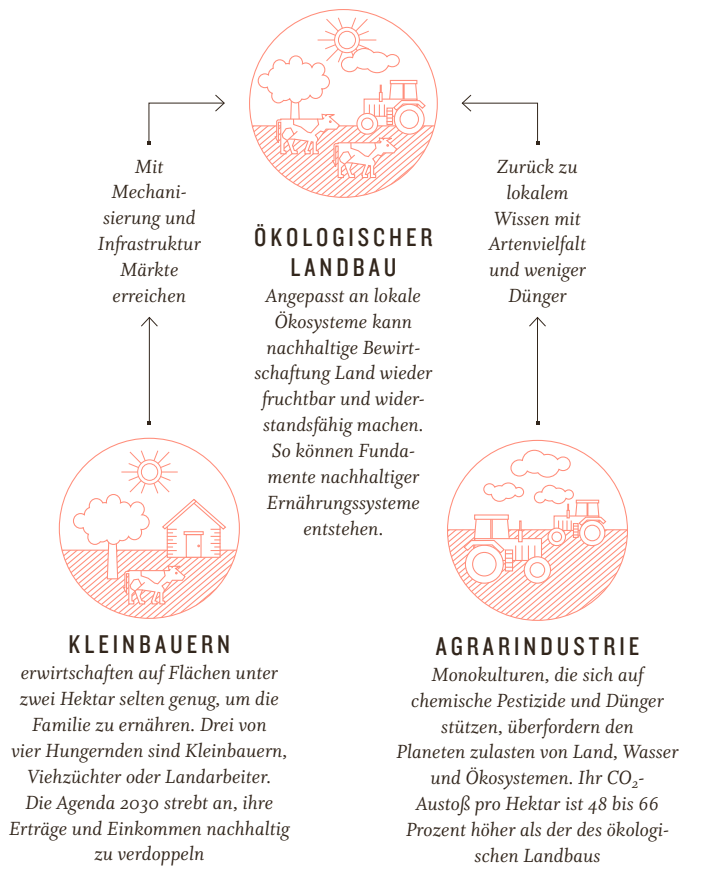
Staatliche Agrarpolitik hat über Jahrzehnte hauptsächlich auf Produktivitätssteigerungen von Grundnahrungspflanzen und Hauptgetreidesorten gesetzt – zum Nachteil armer Kleinbauern und standortgerechten Anbaus. Die ökologischen Folgen sind verheerend, die Ausweitung intensiver Agrarwirtschaft belastet den Planeten: Die Degradierung der Böden von 30 Prozent der Landoberfläche⁽⁶⁾ lässt sich nicht unendlich durch externe Inputs kaschieren, die Treibhausgasbilanz agro-industri-

eller Anbau- und Nahrungssysteme nicht länger ignorieren, verlorene Biodiversität nicht zurückgewinnen. Absurderweise werden 57 Prozent der Getreideernte als Futtermittel, Treibstoff und Industrie-rohstoff verwendet. „Das System ist krank“ folgert der Weltagrarbericht.⁽⁷⁾

Ebenso krank ist, wie wir global Nahrungsmittel herstellen und rund um die Welt auf die Reise schicken (Abb. 11+12). Ein Viertel der Ackerfläche, die deutsche Verbraucher ernährt, liegt im Ausland. Immer mehr Großplantagen zerstören Ökosysteme und Lebensgrundlagen kleiner Bau-

ABB. 11: GEGEN DEN STROM

Unser Ernährungssystem braucht einen Gegenentwurf. Wissenschaftler fordern agrarökologische Vielfalt nahe am Verbraucher, Quelle: IPES-Food



bereich Land- und Forstwirtschaft wird etwa ein Drittel (bilaterale ODA/2015) ausgewiesen – laut OECD mit hohem Anteil für „Politik und Verwaltung“. Weitere 100 Mio. Euro fließen in entwicklungsorientierte Nahrungsmittelhilfe und Ernährungssicherung. Die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ schlägt im Etat 2017 mit 220 Mio. Euro zu Buche. Verfügbare Daten sind stark aggregiert, daher schwer nachvollziehbar und werden nicht fortlaufend aktualisiert. Das erschwert sowohl konstruktive Vorschläge wie auch eine Prüfung politischer Zusagen.

Zugleich steht die Agrarpolitik an einem Scheideweg zwischen Agroindustrie und Agrarökologie (Abb. 11). Denn die Lage spitzt sich zu: Die ärmsten Bevölkerungen wachsen, der Klimawandel zeigt sichtbare Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Böden werden knapper und schlechter. Daher ist SDG 2, die Überwindung von Hunger und Mangelernährung, eng mit nachhaltiger Landwirtschaft verknüpft, mit widerstandsfähigen Ernährungssystemen⁽¹²⁾, und es stellt die nachhaltige Verdoppelung der Erträge und Einkommen von Kleinbauern ins Zentrum. Aber wie?

AUS DER PRAXIS

Die Welthungerhilfe macht gute Erfahrungen mit einem Ansatz in Indien. Ein Staat, in dem alarmierend deutlich wird, dass intaktes Land nachhaltig bewirtschaftet und unfruchtbare Flächen wieder nutzbar gemacht werden müssen. Rund 44 Prozent der Landfläche sind nach offizieller Schätzung degradiert. Immer mehr kleine Selbstversorger (über-)nutzen immer kleinere Betriebsflächen. Zu viel verbilligter Dünger und zu wenige Fruchtwechsel sind weitere Gründe. Um natürliche

ern. Arbeitsplätze schaffen sie wenige und wenn, dann meist prekäre. Die Politik der offenen Märkte exportstarker Nationen verdrängt mit subventionierten Produkten kleine Erzeuger und konterkariert die notwendige Entwicklung regionaler Märkte. Eben diese und die Wertschöpfung vor Ort sollten aber gefördert werden.⁽⁸⁾

Die Bilanz politischer Versprechen zur Überwindung des Hungers bleibt enttäuschend. Sie gibt Anlass zu berechtigtem Zweifel, ob der Wille vorhanden ist. Vor zwei Jahren sagten die G7 zu, bis 2030 „500 Millionen Menschen aus Hunger zu befreien“. In Taormina haben sie diese Ansage 2017 schlicht ignoriert⁽⁹⁾. Bei der G20 vertat die deutsche Präsidentschaft die Chance, dies wieder auf die Agenda zu holen, obgleich Afrika ein Schwer-

punkt war. Auch die vom BMZ geförderte „Charta von Berlin“ zur Entwicklung ländlicher Räume blieb am Ende nur unverbindlicher Annex.⁽¹⁰⁾ Das BMZ investiert nach eigenen Angaben jährlich 1,5 Mrd. Euro in Ernährungssicherung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.⁽¹¹⁾ Wofür genau die Gelder ausgegeben werden und mit welcher Wirkung, bleibt jedoch eine „Black Box“. Für den Förder-

»Eine Welt ohne Hunger ist keine Vision, sondern ein Menschenrecht«

BÄRBEL DIECKMANN, PRÄSIDENTIN DER WELTHUNGERHILFE

1,9
MILLIARDEN MENSCHEN SIND ÜBERGEWICHTIG

Ressourcen zu entlasten, halten Experten zunehmend lokal angepasste Antworten für erforderlich.

Die Welthungerhilfe verfolgt den Ansatz des Sustainable Integrated Farming System.⁽⁴³⁾ Es folgt in Dorfgemeinschaften einem ernährungssensiblen, agrarökologischen System, das vorhandene Ressourcen nutzt und den Bedarf an externen Inputs niedrig hält. Ein Werkzeugkasten namens LANN+ (Linking Agriculture with Natural Resources Management towards Nutrition Security)⁽⁴⁴⁾ lenkt den Anbau unter Nutzung von lokalem Wissen auf angestammte, aber vernachlässigte Früchte und nährstoffreichere vielfältige Nahrung. Parallel wird Grundwissen in Ernährung, im Umgang mit Trinkwasser und Hygiene vermittelt. Die Ernte wird in örtlichen Wirtschaftskreisläufen verkauft. Im politischen Dialog bemühen sich die Partner bei den Lokalregierungen um Unterstützung für diese „Ernährungssicherung von unten“. Unterstützt wird dies u.a. aus Mitteln der BMZ-Initiative gegen Hunger SEWOH.

Solche Methoden verdienen ein deutliches Upscaling. Viel zu häufig wird versucht, mit Hohertragsorten, Düngemitteln und anderen Inputs den Standort den Produktionszielen anzupassen statt umgekehrt. Nicht zuletzt werden die positiven Wirkungen solcher Initiativen durch die deutsche Agrexportstrategie konterkariert, wie im Fall von Milchpulver in Westafrika. Lokale nachhaltige Ernährungssysteme und damit die Existenzgrundlage von Bauernfamilien werden zerstört. Deshalb fordert auch der diesjährige Welthungerindex eine Debatte über eine Demokratisierung

nationaler Ernährungssysteme und wie Ungleichheit Hunger schafft.⁽⁴⁵⁾ Denn die Folgekosten unseres Massenkonsums werden ausgeblendet. Wohl nennt der Marshallplan mit Afrika das Ziel einer Begrenzung schädlicher Exporte oder der Einhaltung von Mindeststandards für Arbeit und Umwelt etwa auf Plantagen⁽⁴⁶⁾; Für eine Umsetzung auch durch industriennahe Ministerien ist jedoch eine kohärente Leitlinie gegen entwicklungsfeindliche Folgen nötig.

Deshalb erwarten wir von der neuen Bundesregierung:

01 Early Finance für Early Warning: Die vom BMZ angelegte Einrichtung eines Globalen Krisenfonds⁽⁴⁷⁾ muss zur Chefsache werden, um künftig über Frühwarnmechanismen vorbeugende, schnelle und unbürokratische Hilfe zu ermöglichen. Innovative Klimarisikoversicherungen sind auszubauen.

02 Nachhaltige Ernährungssysteme statt Agroindustrie: Die Entwicklung und Verbreitung von nachhaltigen, agrarökologischen Anbaupraktiken und die ortsnahe Vermarktung ihrer Produkte muss Vorrang erhalten. Statt nur Innovationszentren aufzubauen, sollten Modelle zur lokalen und regionalen Stärkung solcher Kreisläufe ausgeweitet werden, auch in einer SEWOH 2.0.

03 Mehr Transparenz statt Worte: Das BMZ sollte dringend einen Stufenplan erstellen, wie mindestens ein Viertel der Ausgaben für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung gezielt in die am stärksten von Mangelernährung betroffenen Länder und Milieus umgelenkt werden sollen. Die G7-Zusage „500 Millionen Menschen aus dem Hunger zu holen“ braucht einen konkreten Plan und Mittel zur Umsetzung.

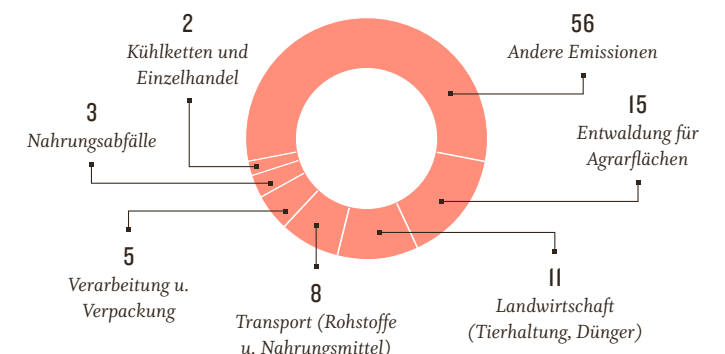
04 Fairness in der EU-Politik: Als größte Volkswirtschaft der EU muss Deutschland die Reform der Agrarpolitik so mitgestalten, dass negative Folgen für das Recht auf Nahrung und die Lebensgrundlagen vor allem von Kleinbauern in Entwicklungsländern eingedämmt werden.⁽⁴⁸⁾ Die Partnerschaftsabkommen (EPA) sind durch entwicklungsfreundliche Verträge zu ersetzen. Europas Konzerne sind auf Sorgfaltspflichten in Ursprungsländern zu verpflichten.

2

MILLIARDEN MENSCHEN SIND MANGELERNÄHRT

ABB. 12: AGRARINDUSTRIE UND KLIMAWANDEL

Wie unser Ernährungssystem zur Klimakrise beiträgt, Verursacher von Treibhausgasen, Anteil in Prozent, Quelle: Grain (5 Steps to cool the planet)



FLUCHT UND MIGRATION: NICHT DAS PROBLEM

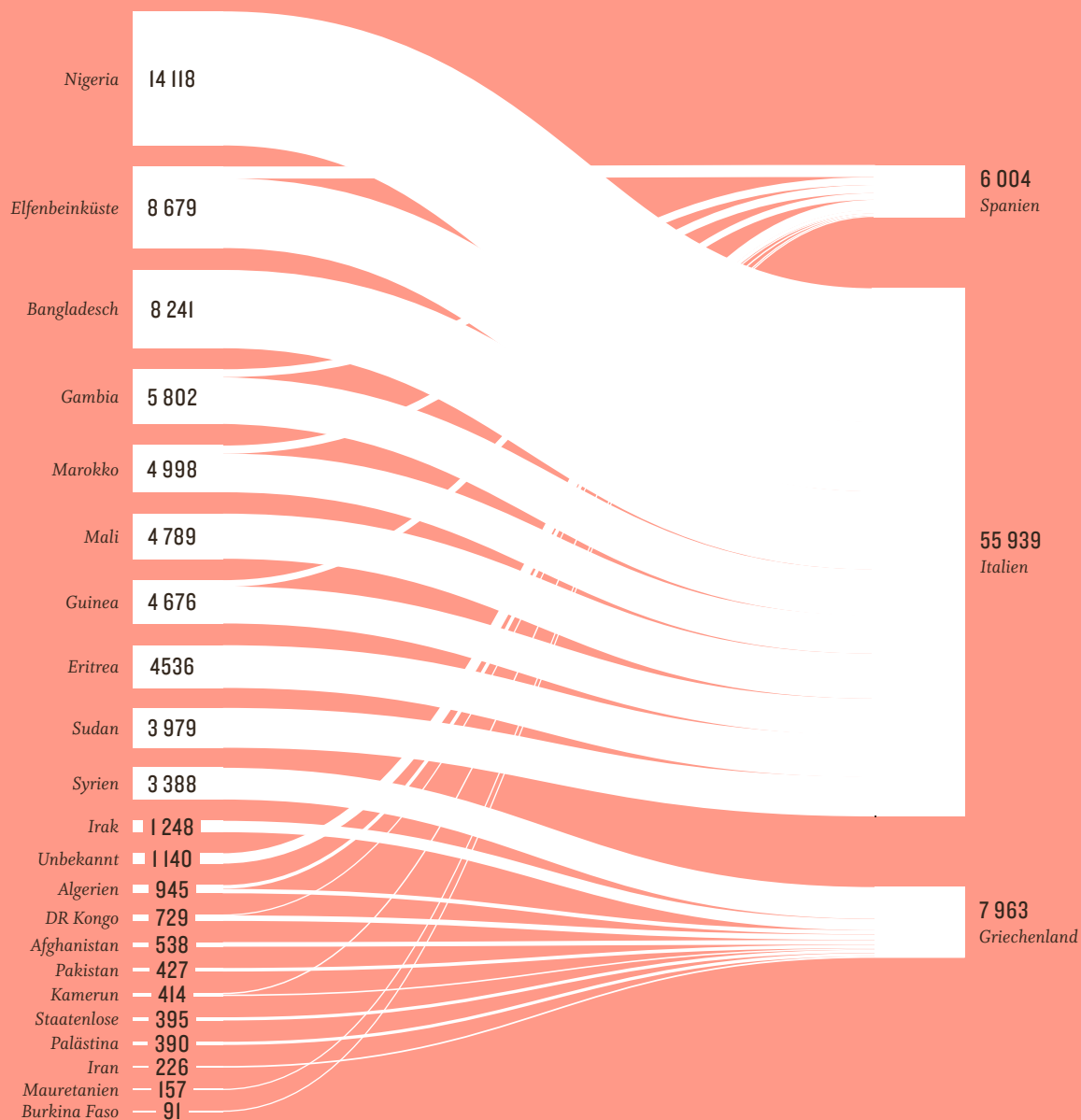


ABB. 13: FLÜCHTLINGSROUTE MITTELMEER
Ankommende über See nach Hauptherkunftsländern Januar-Juni 2017,
Quelle: UNHCR

Es sind primär Krieg, Gewalt und Vertreibung, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Solange die Staatengemeinschaft politisch scheitert, die Brandherde dieser Welt zu beruhigen, wird es weiter massive Fluchtbewegungen geben: Ende 2016 wurden nach Definition der Genfer Flüchtlingskonvention rund 17,2 Millionen Flüchtlinge gezählt. Weitere 41 Millionen sind Binnenflüchtlinge, die keine Grenze überschreiten und damit keinen Anspruch auf den Schutz der Konvention mit vollumfänglicher Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks haben. Jeder zweite Geflüchtete ist jünger als 18 Jahre. ⁽¹⁾

Die Zahlen stehen für unermessliches Leid. Im Schatten der Krisen hat auch die Zahl der Migranten nach Angaben der UN einen Höchststand von 244 Millionen erreicht. Oft pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge abgetan, haben diese Menschen doch existenzielle Gründe, sich auf den Weg zu machen: Hunger, Armut, Naturkatastrophen, Umweltzerstörung ⁽²⁾, sklavenartige Arbeitsbedingungen, Zwangsumsiedlungen durch Industrie- und Infrastrukturprojekte.

Bei Befragungen von Migranten in Europa, Nahost und Afrika wurden Hunger und Ernährungsunsicherheit sowie Arbeitssuche und Armut als wichtigste Beweggründe neben Konflikten genannt ^(3, 4). Die wenigsten erreichen Europa. Die Mehrzahl sucht bessere Lebensumstände in Nachbarregionen – dort, wo die Kultur vertrauter ist (Abb. 14+15). Über das Mittelmeer gelang-

ten 2017 bis August 130 000 Menschen ⁽⁵⁾, weniger als die Hälfte des Vorjahreszeitraums (Abb. 13).

Dennoch setzen Deutschland und Europa alles daran, sämtliche Fluchtrouten zu schließen. In wohlklingenden Migrationspartnerschaften werden die EU-Außengrenzen an den Rand der Sahara in Afrika verlagert. Schon in Transitländern, die eine Art Türsteherfunktion übernehmen, sollen Asylansprüche künftig geklärt werden. Allein die Idee derartiger Einreisezentren in Libyen, einem Bürgerkriegsland mit massiven Menschenrechtsverletzungen, wirkt befremdend.

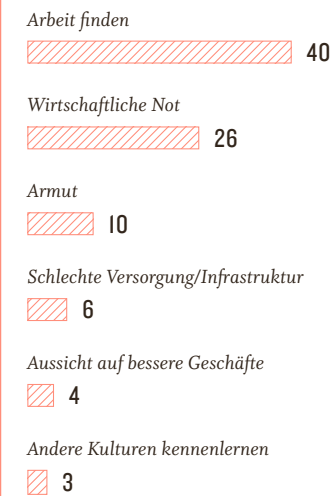
Dass auch Asylsuchende so mit Zwang in Transitländern von der Weiterreise abgehalten werden, ist eine Absage an den Flüchtlingsschutz, da die Gefahr von Misshandlung und Willkür besteht. Europäische Grenzpolitik darf dem nicht Vorschub leisten, fordern Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen. ⁽⁶⁾

Fatal wäre, wenn die Entwicklungspolitik als Handlanger für Abschottung missbraucht würde. Mit der verknüpften Zielsetzung, in Herkunftsländern Fluchtursachen zu bekämpfen und in Transitländern Flüchtlinge zu integrieren, wird der Abwehr von Migranten ein legitimierender entwicklungspolitischer Anstrich verliehen. Entwicklungspolitik droht so im Dienste von Europas Sicherheitsinteressen nicht nur instrumentalisiert, sondern auch diskreditiert zu werden. Zugleich werden übersteigerte Erwartungen geweckt, was sie leisten kann.

„Es ist falsch, allein die Entwicklungszusammenarbeit als Schlüssel für eine rasche Lösung von Krisensituationen zu sehen oder sie gar als Element der Migrationssteuerung zu missbrauchen“, betont der Verband entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen (VENRO). ⁽⁷⁾ Fakt ist: Wanderbewegungen können weder gestoppt noch maßgeblich gesteuert werden. EZ kann einzig durch nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände dazu beitragen, die Zahl derer zu reduzieren, die aus

ABB. 14: WAS IST DER GRUND ZU GEHEN?

Umfrage in sieben Ländern Afrikas, warum Menschen auswandern würden, Antworten in Prozent, Quelle: Afrobarometer 2016/17



Mangel an Perspektiven und politischer Teilhabe resignieren und aufbrechen.

Anders gesagt: Migration ist nicht das Problem, sondern dass weltweit untragbare Zustände herrschen, die immer mehr Menschen keine andere Wahl lassen. Ursachen und Verursacher sind bekannt. Globale Handels- und Finanzpolitik verhindern, dass Länder des globalen Südens auf die Beine kommen. Menschen misstrauen ihren Institutionen, wenn autoritäre Eliten und/oder internationale Konzerne ihr Land als Selbstbedienungsladen missbrauchen und gute Regierungsführung ein leeres Versprechen bleibt. Landpächter paktieren mit Regierenden über die Köpfe von Gemeinden hinweg. Klimastress bedroht Ernährungsgrundlagen. Die Liste ist beliebig zu verlängern – bis hin zu Waffenlieferungen in Konfliktregionen.

Dort versuchen humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik, Betroffenen Strukturen und Perspektiven zu geben. Die Herausforderung liegt darin, in Aufnahmeländern nicht neue Konflikte zu schüren, sondern

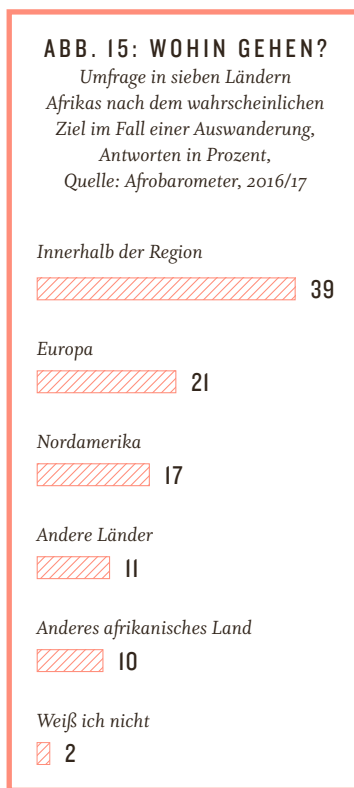
6,6
MRD. EURO SIEHT DER BUNDESHAUSHALT 2018 FÜR „FLUCHTURSACHEN-BEKÄMPFUNG“ VOR

Menschen so gut es geht zu integrieren: Bei dieser Stabilisierung – egal ob im Libanon, Nordirak, der Türkei, Ägypten oder Äthiopien – muss es vordringlich darum gehen, Menschenrechte zu wahren und lokal verankerte Initiativen und Organisationen zu stärken. Denn sie bleiben, wenn international finanzierte humanitäre Hilfe sich neuen Krisenherden zuwendet.

AUS DER PRAXIS

terre des hommes engagiert sich zum Beispiel im Nordirak, um sichere Räume für Flüchtlingskinder und Jugendliche zu schaffen⁽⁸⁾. Mit Unterstützung des BMZ werden rund 5000 Kinder und Jugendliche in vier Flüchtlingscamps und fünf Gemeinden in Erbil, Dohuk und der zentralirakischen Provinz Ninive betreut. Das Projekt zielt auf ihren Schutz, vor allem durch die Stärkung lokaler Expertise für psychosoziale Betreuung.

So soll Personal der Aufnahmeregion in die Lage versetzt werden, selbst Therapien für traumatisierte Kinder und deren Familien anzubieten. Trainer schulen lokale Therapeuten in der Früherkennung von Traumasymptomen und in Methoden zur Stressreduzierung. Im Zentrum der so genannten Mental Health Care stehen psychosoziale Lern- und Freizeitangebote. Kinder gehen zur Schule, nehmen an Friedenserziehung und Aufklärung zu Problemen wie Kinderarbeit oder Frühhehen teil. Auch der Aufbau von Strukturen, in denen



Flüchtlinge und Vertriebene sich in ihren Gemeinden selbst organisieren, gehört dazu.

So wie im Nordirak muss es in der Flüchtlingspolitik grundsätzlich unser Interesse sein, nachhaltige Strukturen zu schaffen, damit Menschen in Nachbarländern Arbeit, Bildung und politische Teilhabe ermöglicht werden. Dafür braucht es ausreichend Mittel, vor allem aber lokale

Kräfte. Das BMZ finanziert Cash-for-Work-Programme, ist aber den Nachweis schuldig, ob sie über Ad-hoc-Initiativen und verkündete Jobzahlen hinaus nachhaltige und bleibende Wirkung entfalten.

Wir fordern von der künftigen Bundesregierung:

01 Keinen Ausverkauf der Werte: Deutsche Politik muss im Rahmen der EU sicherstellen, dass Migrationsabkommen mit Drittstaaten die Einhaltung menschenrechtlicher Standards gewährleisten.

02 Stabilisieren ja, abschoten nein: EZ darf nicht auf den Zweck der Flüchtlingsabwehr reduziert werden. Dennoch müssen alle verfügbaren zivilen Mittel zum Einsatz kommen, um Aufnahmeland in Krisenregionen beim Aufbau nachhaltiger Strukturen zu unterstützen. Erfolgreiche Programme müssen in mehrjährige Finanzierungen von Organisationen und Trägern betroffener Städte und Gemeinden übergehen.

03 Ursachen bekämpfen statt Symptome: Friedensförderung und Konfliktbewältigung müssen das Primat der Politik sein und nicht innenpolitische Interessen. EZ darf nicht für Grenzschutz missbraucht werden. Sie soll vielmehr dazu beitragen, eine menschenwürdige Existenz und politische Teilhabe zu ermöglichen.

04 Internationale Normen stärken: Die Erarbeitung zweier Global Compacts – eines für Flüchtlinge und eines für sichere, geordnete und reguläre Migration – ist eine Chance, universelle menschenrechtsbasierte Normen zu schaffen. Die Regierung muss sich im Global Forum on Migration and Development für verbindliche Vorgaben – insbesondere für ein Verbot der Internierung von Kindern – einsetzen und durch vorbildhafte nationale und europäische Lösungen Positivbeispiele schaffen.

»Migration ist Ausdruck des menschlichen Strebens nach Würde, Sicherheit und einer besseren Zukunft. Sie ist Teil des sozialen Gefüges und wesentlicher Bestandteil des menschlichen Daseins«

EX-UNO-GENERALSEKRETÄR BAN KI-MOON

KINDER BRAUCHEN STARKE FREUNDE

Im Rundumblick ist das Ausmaß der Chancenlosigkeit horrend – besonders für Kinder im Grundschulalter. 387 Millionen von ihnen können nicht richtig lesen oder rechnen; 61 Millionen gehen nicht zur Schule.⁽¹⁾ Rund 570 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut (Abb. 16). 5,6 Millionen unter fünf Jahren sterben jährlich an vermeidbaren Krankheiten, meist wegen unsauberen Trinkwassers.⁽²⁾

Solche Zahlen zeigen eindringlich, dass Kinder zu lange keine Lobby hatten. Nun ist die Agenda 2030 auch eine Agenda der Kinderrechte. Sie fordert energische Anstrengungen für gut ernährte, gesunde Kinder, die nicht ausgebeutet werden und um die sich Ärzte und Lehrer kümmern – Mädchen und Jungen gleichermaßen und überall auf der Welt. Diese junge Generation darf nicht zurückgelassen werden.

Auf Konferenzen wird dies stets beteuert. Ohne in Kinder und Jugendliche zu investieren, seien die Nachhaltigkeitsziele, allen voran „Zero Hunger“ und ein Ende der Armut, nicht zu erreichen, wurde auch bei der UN-Tagung „Financing for Development“ in Addis Abeba 2015 betont.⁽³⁾ Gefordert wurden mehr Mittel für Kinder in extremer Armut und mit Behinderungen sowie für frühkindliche Erziehung, Qualität und Infrastruktur von Bildung.

Der vom BMZ im April 2017 verabschiedete Aktionsplan für Kinder- und Jugendrechte zeigt auf: „Rund 3,1 Milliarden Menschen sind jünger

als 25 Jahre. Die große Mehrheit – rund 90 Prozent – lebt in Entwicklungsländern.“⁽⁴⁾ Seiner Ansage, „im internationalen Dialog eine Vorreiterrolle für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung“ dieser Rechte einzunehmen, folgten indes

weder konkrete Mittel noch „Leuchtturmprojekte“. Auch der Regierungsbericht an das UN-Nachhaltigkeitsforum (HLPF) erwähnt Kinder als Teil der „globalen Verantwortung“ nur am Rand. Wie der Aktionsplan mit Leben gefüllt wird, ist schwer zu erkennen.

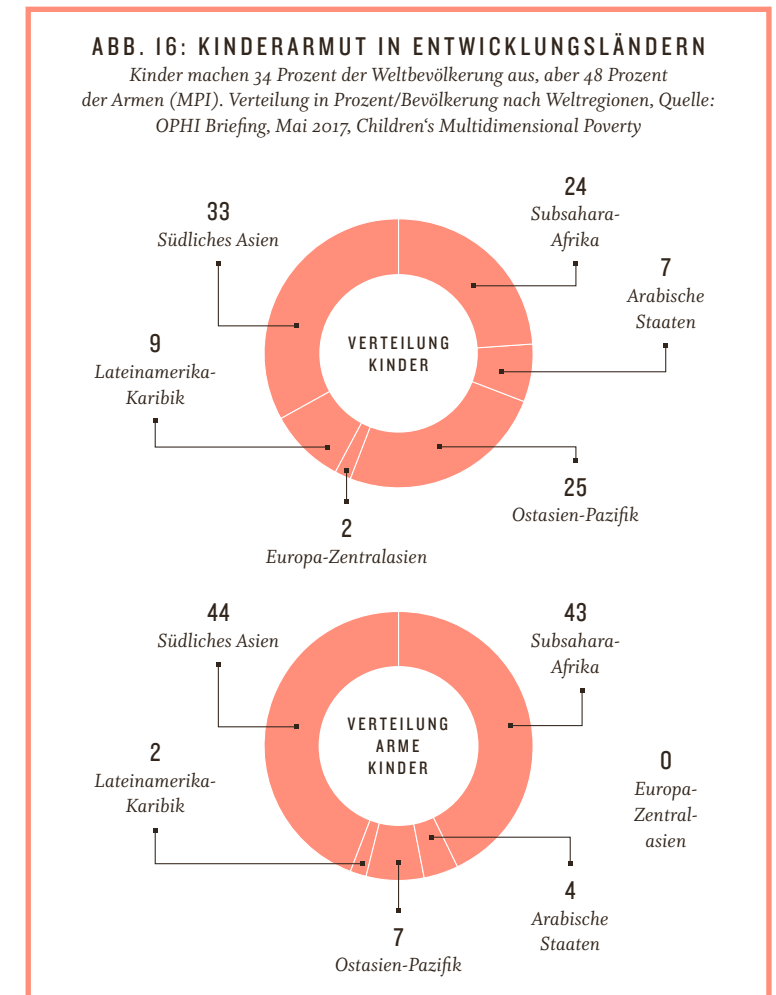
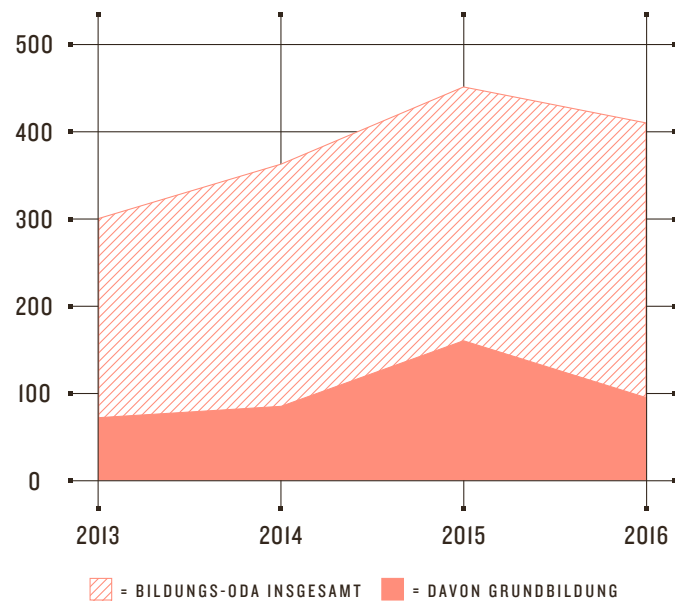


ABB. 17: GRUNDBILDUNG WIRD VERNACHLÄSSIGT

Bilaterale staatliche Ausgaben für Bildung und Grundbildung im BMZ-Etat 2013-16, in Mio. €, Quelle: BMZ



die Behandlung von Mangelerscheinungen infolge von Fehl- und Unterernährung. Bis zur Einschulung haben sich im Projektverlauf fast alle Kinder altersgemäß entwickelt, neun von zehn erfüllen die Bedingungen für einen erfolgreichen Schulbesuch.

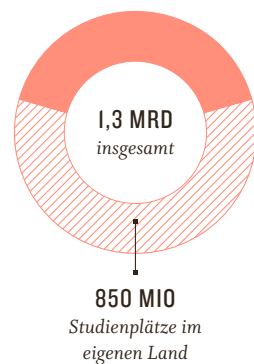
Frühkindliche und qualitativ hochwertige Grundbildung sind weltweit unterfinanziert. Auch deutsche EZ wendet für die Primarstufe nur knapp ein Viertel ihrer bilateralen Bildungsausgaben auf: 94 Mio. Euro oder rund 1,27 Prozent des BMZ-Etats (Abb. 17). 50 Prozent zielen nach Angaben des BMZ auf Afrika. Die Verteilung nach Ländern schwankte von Jahr zu Jahr.

Stabil ist hingegen die Vorzeigebilanz von 1,3 Mrd. Euro Bildungs-ODA (Abb. 18). Das ist nicht verwunderlich. Denn dahinter verbergen sich allein rund 850 Mio. Euro der Bundesländer, die sie für die Bereitstellung von Studienplätzen für Hochschüler aus Entwicklungsländern als staatliche Entwicklungsgelder anrechnen.⁽⁸⁾ Ohne diese Summe fällt die Bilanz also viel magerer aus.

Und noch einen Widerspruch der Bundespolitik gilt es anzusprechen: Die Rüstungsexportzahlen stiegen in den letzten Jahren weiter an. Von den Kriegswaffen gingen 2016 über

ABB. 18: STUDIEN-KOSTEN SCHÖNEN BILDUNGSBILANZ

Die Bundesländer rechnen jährlich rund 850 Mio. € ODA für Studierende aus Entwicklungsländern an, Quelle: BMZ



Das BMZ verweist auf höhere Bildungsausgaben für Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsgebieten und die Umsetzung in vielen Arbeitsfeldern durch bilaterale Vorhaben, darunter Mutter-Kind-Gesundheit und höhere Wasserqualität. Ein auf Kinder und Jugendliche zugeschnittenes Monitoring gebe die Datenerfassung aber nicht her.⁽⁵⁾ Damit fehlt die Ausgangslage, um überhaupt zu sehen, wo Lücken zu füllen sind.

Es ist bedauerlich, dass das BMZ besonders frühkindliche Förderung und Grundbildung vernachlässigt,

obwohl diese die Basis für spätere Lebenschancen legen, wie auch die Weltbank betont.⁽⁶⁾ Vielmehr beherrscht das Ziel, für Jugendliche Jobs zu schaffen, den Bildungsdiskurs. Das ist, gerade in Afrika, nicht falsch, aber zu kurz gedacht: Worauf sollen Auszubildende aufbauen, wenn Grundbildung fehlt? Besonders am Rand der Gesellschaft.

AUS DER PRAXIS

In einem Projekt in Südafrika zeigt die Arbeit von *terre des hommes* mit dem Partner *Ubuntu*, wie differenzierte Programme Kinder von diesem Rand – nämlich von HIV und Aids betroffenen Familien – in die Mitte holen können⁽⁷⁾ Im „Early Years“-Programm besuchen 135 Zwei- bis Fünfjährige den organisationseigenen Kindergarten. Therapeuten gehen auf teils traumatische Erfahrungen in dem von Armut und Krankheit geprägten Familienumfeld ein und beziehen Eltern systematisch mit in die Arbeit ein.

Im Gesundheitszentrum werden Babys vor Infektionen geschützt, Schwangere und Mütter betreut. Das ganzheitliche Früherziehungsprogramm umfasst auch

MILLIARDE KINDER WURDEN VERGANGENES JAHR OPFER VON PHYSISCHER, SEXUELLER ODER SEELISCHER GEWALT⁽¹¹⁾

94

MIO. EURO GAB DAS BMZ 2016 FÜR GRUNDBILDUNG AUS

90 Prozent in so genannte Drittländer (weder NATO- noch EU-Länder). Deutsche Waffen werden weiter in Länder geliefert, die Kinderrechte schwer verletzen und/oder Kinder und Minderjährige als Soldaten missbrauchen.⁽⁹⁾

Beispiele sind Saudi-Arabien, Indien, Pakistan, Kolumbien, die Philippinen, Thailand oder Katar. Deutschland ist ein führender Exporteur von leicht zu bedienenden Kleinwaffen und Munition und hat auch zahlreiche Produktionslizenzen in andere Länder vergeben.⁽¹⁰⁾ In den letzten Jahren wurde beispielsweise eine Fabrik zur Herstellung des Sturmgewehrs G36 von Heckler & Koch in Saudi-Arabien aufgebaut.

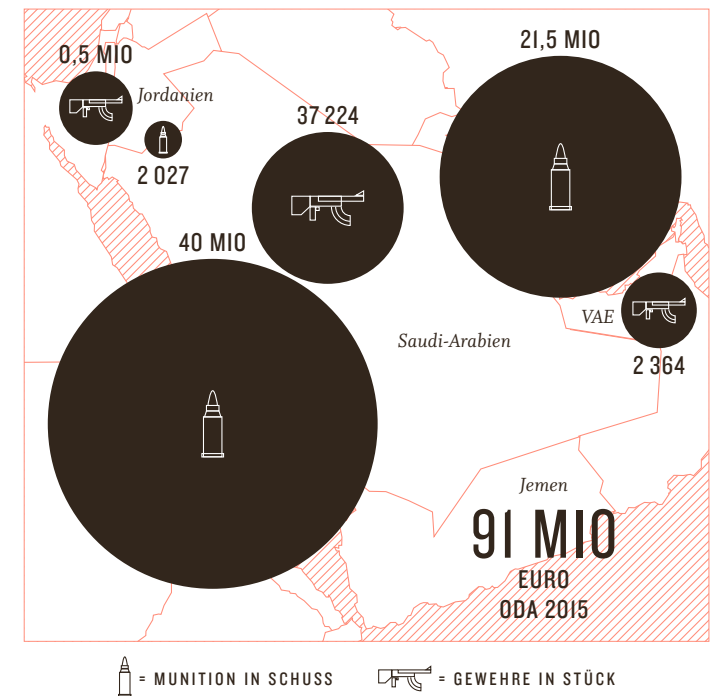
Auch in den Jemen, wo nach Schätzungen der UNO ein hoher Anteil von Streitkräften und Milizen minderjährig ist, gelangten über Saudi-Arabien viele deutsche Gewehre. Saudi-Arabien – ein Stammkunde Deutschlands – ist zudem als Kriegspartei direkt in den Konflikt im Nachbarland involviert (Abb. 19). So finden in vielen Ländern deutsche Sturm- und Maschinengewehre, Pistolen, Handgranaten und Munition ihren Weg auch in die Hände von Kindersoldaten. Nach jüngsten Erkenntnissen der Vereinten Nationen ist deren Zahl im Jemen seit Beginn des Bürgerkriegs auf rund 1800 gestiegen.

Hunderte Kinder starben UN-Berichten zufolge außerdem durch saudische Luftangriffe, unter anderem auf Schulen und Krankenhäuser.

Wir erwarten deshalb von der nächsten Bundesregierung:

ABB. 19: ZERSTÖRERISCHE WAFFENLIEFERUNGEN

Deutsche Waffen auf der arabischen Halbinsel. Im Jemen gelangen sie auch in Kinderhände. Die Wirkung von Entwicklungsgeldern verpufft. Exportgenehmigungen nach Saudi-Arabien, VAE und Jordanien 2002-2015, Quelle: BITS-Research Report Februar 2017



01 Politischen Willen und finanzielles Gewicht: Der Aktionsplan Kinderrechte muss entsprechend ausgestattet und effektiv umgesetzt werden, damit deutsche EZ dieser wichtigen Zielgruppe und dem Motto „Niemanden zurücklassen“ der Agenda 2030 gerecht wird. Um die Wirkung kontrollieren zu können, müssen nach einer Bestandsaufnahme entsprechende Indikatoren entwickelt werden. Das BMZ muss zudem zügig eine Kinderschutz-Policy einführen und umsetzen, damit Kinder in EZ-Programmen geschützt sind.

02 Früher ansetzen: Die frühkindliche Bildung muss parallel zur Aufwertung der Grundbildung einen größeren Stellenwert erfahren. Hier ist ein Umdenken erforderlich, denn an der Stelle werden die wesentlichen Weichen gestellt für Lernen und Lebenschancen.

03 Ausgaben messen: Für angemessene Transparenz der Mittel zugunsten von Kindern und Jugendlichen sollten – analog zu den Berichtspflichten zur Geschlechtergerechtigkeit – die Ausgaben für die Zielgruppe aufgeschlüsselt werden. Das gilt auch für Vorhaben, die in Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten stehen, damit die Zielgruppe etwa auch in fluchtbezogenen Ausgaben ausgewiesen werden kann.

04 Ein Exportverbot für Kleinwaffen: Deutschland darf sich nicht zum Vorkämpfer für universelle Kinderrechte aufschwingen und gleichzeitig zulassen, dass Kleinwaffen und Rüstungsgüter in Länder geliefert werden, in denen es zu schwerwiegenden Verstößen kommt. Ein restriktives Rüstungsexportgesetz mit einem klaren Exportverbot für Kleinwaffen und -munition ist unumgänglich.

ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN — CREATING SPACE

- = CIVIC SPACE CLOSED
- ▨ = CIVIC SPACE REPRESSED
- ▧ = CIVIC SPACE OBSTRUCTED
- ▩ = CIVIC SPACE NARROWED
- = CIVIC SPACE OPEN

ÄGYPTEN
Innere Sicherheit und der Kampf gegen Terror dienen als Vorwand, demokratische Organisationen mundtot zu machen oder zu verbieten. Der Generalverdacht macht auch nur halbwegs kritisches Engagement von Zivilgesellschaft und Medien unmöglich.

KAMBODSCHA
Ein Gesetz untersagt Aktivitäten, die Frieden, Stabilität und öffentliche Ordnung oder die Kultur und Traditionen des Landes gefährden. Solche offenen Formulierungen sind typisch für so gut wie alle neuen NRO-Gesetze und öffnen Willkür Tür und Tor.

INDONESIEN
Berichtspflichten haben schikanösen Charakter und gehen weit über ein legitimes Interesse an Rechenschaftspflichten von NRO hinaus. Ein Gesetz gegen „Cyberbullying“ wird genutzt, um Kritiker zu diffamieren und zu verfolgen.

ÄTHIOPIEN
Wie viele Länder verlangt Äthiopien, dass ausländisch finanzierte Akteure und im Inland tätige ausländische Organisationen ihre Aktivitäten genehmigen lassen. Ein Gesetz gegen Internetkriminalität weitet Zensur und Kontrolle aus.

INDIEN
Der indische Foreign Contribution Regulation Act (FCRA) erteilt aus dem Ausland finanzierten NRO eine „Lizenz“, die daran gebunden ist, dass letztlich keine politische Arbeit finanziert werden darf. Seit einiger Zeit überprüfen die indischen Behörden schärfer, ob die verschiedenen Vorgaben des Gesetzes eingehalten werden.

ABB. 20: NUR WENIGE WEISSE FLECKEN
Die Weltkarte zeigt den Grad der Beschneidung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit, Quelle: CIVICUS, Stand 15.09.2017

Weltweit wird der Handlungsraum für zivilgesellschaftliche Organisationen kleiner. Es ist ein Trend, der sich in Reaktion auf den 11. September 2001 und Demokratiebewegungen im arabisch- und russischsprachigen Raum sowie in wachsender Konkurrenz um Industrie- und Agrarrohstoffe spürbar beschleunigt hat – und auch die Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Nicht nur in autokratischen Systemen wurden Gesetze und Verordnungen erlassen, die die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen einschränken bis unmöglich machen.

„Der Handlungsraum schließt sich“, mahnt Maina Kiai, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Vereinigungsfreiheit. ⁽¹⁾ In der internationalen Debatte ist längst nicht mehr von „Shrinking Space“ sondern von „Closing Space“ die Rede. Laut der Weltallianz für Bürgerpartizipation Civicus leben nur noch drei Prozent der Weltbevölkerung in Ländern ohne Einschränkungen des bürgerlichen Engagements (Abb.20). ⁽²⁾ Deutschland gehört dazu. Sechs von sieben Menschen leben in Ländern, in denen sich Zivilgesellschaft „in den letzten Jahren ernststen Herausforderungen stellen musste, einschließlich Einschränkungen der Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit“. ⁽³⁾

In Industrie- wie Entwicklungsländern werden rechtliche und administrative Hürden aufgebaut, die Registrierung und Finanzierung erschweren, bis hin zum Verbot, sich mit Fragen von Politik und Menschen-

rechten zu befassen. Organisationen werden aufgelöst, diffamiert, eingeschüchert, Mitglieder werden verklagt, verhaftet und erfahren Gewalt. Einschlägige Regierungen tauschen sich zunehmend über die Erfahrungen und Praktiken der Ausgestaltung ihrer rechtlich-administrativen Restriktionen im Umgang mit NRO aus.

Akteure aus der internationalen humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit berichten, dass vielerorts die Arbeit beeinträchtigt wird. Neben den in erster Linie betroffenen lokalen Organisationen vor Ort trifft es politische Stiftungen und deutsche NRO.

AUS DER PRAXIS

In einer Umfrage der Welthungerhilfe über ihre Projektarbeit vom April 2017 berichteten Landesdirektoren von Einschränkungen vor allem der lokalen Partner. Nur in sehr wenigen Ländern sei es noch möglich, sich dagegen überhaupt zur Wehr zu setzen. Die Wirksamkeit vieler Länderprogramme leidet demnach unter verschiedensten administrativen Hürden, zum Beispiel würden Registrierungen verzögert oder schlicht verweigert. Aus den Antworten spricht die Sorge, dass die Beseitigung der strukturellen Ursachen von Hunger und Armut in die Ferne rückt, wenn der Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft derart erschwert wird.

Wenn lokale Partner verboten oder aufgelöst, von ausländischer Unterstützung abgeschnitten werden und in sensiblen Themenbereichen in einem Klima der Angst Selbstzensur betreiben, dann gefährdet das nicht nur die weitere Umsetzung der Agenda 2030 – es beraubt vor allem Menschen ihrer Rechte und Entwicklungsperspektiven.

Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sind die Förderung der Zivilgesellschaft, der konstruktiven Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie guter Regierungsführung wichtige Kernelemente. Die Bundesregierung trägt dem mit Projekten ihrer Durchführungorganisationen sowie der Förderung

kirchlicher Hilfswerke, politischer Stiftungen und NRO Rechnung. ⁽⁴⁾

Um so mehr verwundert es, dass erodierende Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement in den Partnerländern noch nicht durch einen systematischen Erfahrungsaustausch erfasst und strategisch aufgearbeitet werden. Auswärtiges Amt und BMZ reagierten bisher jeweils fallbezogen und ad hoc.

Alarmiert von Publikationen und Konferenzen in Serie beauftragte das BMZ immerhin eine Studie, deren Entwurf seit Juni vorliegt. ⁽⁵⁾ Die EU hatte da schon reagiert. ⁽⁶⁾ Die Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, Bärbel Kofler, räumte bei einer VENRO-Konferenz mit Bezug auf „Shrinking Space“ ein: „Es wird immer schwieriger, gute Lösungsansätze zu finden.“ ⁽⁷⁾ Rechtsstaatsdialoge mit Partnerländern seien wesentlich. Man müsse aber über die Schaffung „neuer Räume“ nachdenken. „Creating Space“ heißt also die Devise.

Um den Handlungsraum der Zivilgesellschaft zu schützen und zurückzugewinnen, fordern wir die neue Bundesregierung auf:

01 Den Dialog mit heimischen NRO-Vertretern zu suchen und – basierend u.a. auf ihren Erfahrungen und der ihrer Partner – die ganze Breite von Einschränkungen zu erfassen. Niederschlag sollte dies in einem Jahresbericht zur Lage der Zivilgesellschaft, analog zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung, finden, der konkrete Handlungs- und Policyoptionen für alle Beteiligten und ODA-relevante Ministerien aufzeigt.

02 Die Zivilgesellschaft energisch und sichtbar zu verteidigen und nach Möglichkeit zu beteiligen, sei es im Politikdialog, bei Regierungsverhandlungen, internationalen Gremien und Foren wie EU und UN.

03 Die Förderung von Allianzen deutscher NRO mit ihren Partnern im globalen Süden unbürokratisch auszuweiten.

3

PROZENT DER MENSCHEN KÖNNEN SICH UNEINGESCHRÄNKT IM ZIVILEN RAUM ORGANISIEREN

EMPFEHLUNGEN IM JAHR ZWEI DER AGENDA 2030

In der neuen Legislaturperiode muss von der Bundesregierung ein Signal des Aufbruchs in der Entwicklungspolitik ausgehen. Aber nicht nur dort: Es ist Aufgabe der neuen Regierungsparteien, die Umsetzung der Agenda 2030 durch alle Ressorts im Koalitionsvertrag zu verankern. Die universell geltende Nachhaltigkeitsagenda ist kein Nebenschauplatz.

Als Gewinner der Globalisierung steht Deutschland politisch in der Pflicht, zugunsten einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung umzusteuern. Der Entwicklungszusammenarbeit hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür mehr Mittel in Aussicht gestellt. Wir nehmen sie beim Wort.

Aber es geht auch um eine Weiterentwicklung der Qualität. Eine stärkere und flexiblere Unterstützung deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Partner vor Ort im Globalen Süden kann helfen, Entwicklungszusammenarbeit effektiver zu machen.

Statt es beim Reden zu belassen: WALK THE TALK! Dies sind unsere Forderungen:

01 Vorrang dem Kampf gegen Hunger und Armut: Deutsche Politik muss mehr Energie darauf verwenden, den Anspruch zur Überwindung von Hunger und Armut in zielgerechte Fahrpläne umzusetzen. Die G7-Zusage, 500 Millionen Menschen aus der Armut zu holen, ist nicht erfüllt. Dafür müssen Entwicklungspolitik und andere Politikfelder an den strukturellen Ursachen von Ungleichheit ansetzen: durch ganzheitliche armutsorientierte Programme, kontextbezogen auf Länder und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, vor allem im ländlichen Raum, mit besonderem Fokus auf nachhaltige regionale Ernährungssysteme. Eine Weiterentwicklung der Sonderinitiative gegen Hunger (SEWOH) bietet dafür Raum. Mindestens ein Viertel der BMZ-Mittel soll in ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung fließen.

02 Innovativ und eigenständig: Die Agenda 2030 ist ein Paradigmenwechsel. Sie muss zuhause umgesetzt werden, in den Außenbeziehungen und durch Unterstützung der Partnerländer. Entwicklungszusammenarbeit muss sich einer Strategiedebatte stellen, um die richtigen Impulse im Kontext globaler Entwicklung zu geben. Dabei gilt: (I) ihre Eigenständigkeit ist – bei aller notwendigen Abstimmung mit anderen Politikfeldern auf Augenhöhe – zu bewahren; (II) Politikkohärenz darf, insbesondere in Fragen der Außenbeziehungen, nicht nur Lippenbekenntnis bleiben; (III) EZ muss über die erforderlichen Ressourcen und angemessenen Umsetzungsbedingungen verfügen. Die Verpflichtung, 0,7 Prozent des BNE für ODA aufzuwenden, muss daher bis 2020 erfüllt werden, allerdings ohne die Anrechnung der Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland.

03 Strategisch mit Zivilgesellschaft kooperieren: Ohne stärkere Investitionen in das Potenzial einer „Governance von unten“ wird das Erreichen der SDG illusorisch bleiben. Zivilgesellschaftliche Ak-

teure bedürfen vor allem in Ländern, die von Fragilität und schlechter Regierungsführung geprägt sind, tatkräftiger Unterstützung. Oft geht es bereits grundsätzlich um die Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit,

die zunehmend eingeschränkt wird. Darüber einen jährlichen Lagebericht zu erstellen, unter Berücksichtigung deutscher EZ-Akteure und ihrer Partner, wäre ein wichtiger Schritt. Im BMZ-Haushalt braucht die Förderung deutscher NRO und ihrer Partner vor Ort einen eigenen Titel: Dadurch sollen langfristige, thematisch an den Zielen der Agenda 2030 ausgerichtete Programme deutscher NRO und ihrer Partner unterstützt werden. Diese erschließen die komparativen Vorteile zivilgesellschaftlicher Organisationen und können administrative Hürden und Bürden reduzieren (Abb. 21).

04 Kinder schützen! Deutsche Politik muss sich zielstrebig für die Verwirklichung der Rechte von Kindern weltweit stark machen. Ihr Versprechen, hier Vorreiter zu sein, hält sie nicht ein. Der Aktionsplan Kinderrechte des BMZ muss daher robust ausgestattet und ambitioniert umgesetzt werden. Priorität müssen Vorhaben haben, die eine Basis für spätere Lebenschancen legen. Der Vorrang für Kindeswohl muss auch für die Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik gelten. Wir fordern ein Exportverbot für Kleinwaffen und -munition.

05 Primat der Menschenrechte in der Migrationspolitik: Deutschland darf nicht zulassen, dass im Rahmen von Migrationspartnerschaften der EU mit Herkunfts- und Transitländern Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Alle Kooperationen müssen nicht nur zwingend Mindeststandards im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen gewährleisten, sondern aktiv zur Verbesserung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beitragen. Entwicklungszusammenarbeit darf weder zum Finanzier noch zum Handlanger von Grenzschutz und Sicherheitspolitik degradiert werden. Ein künftiger Global Compact für sichere, geordnete und reguläre Migration muss zwingend ein Internierungsverbot für Kinder enthalten.

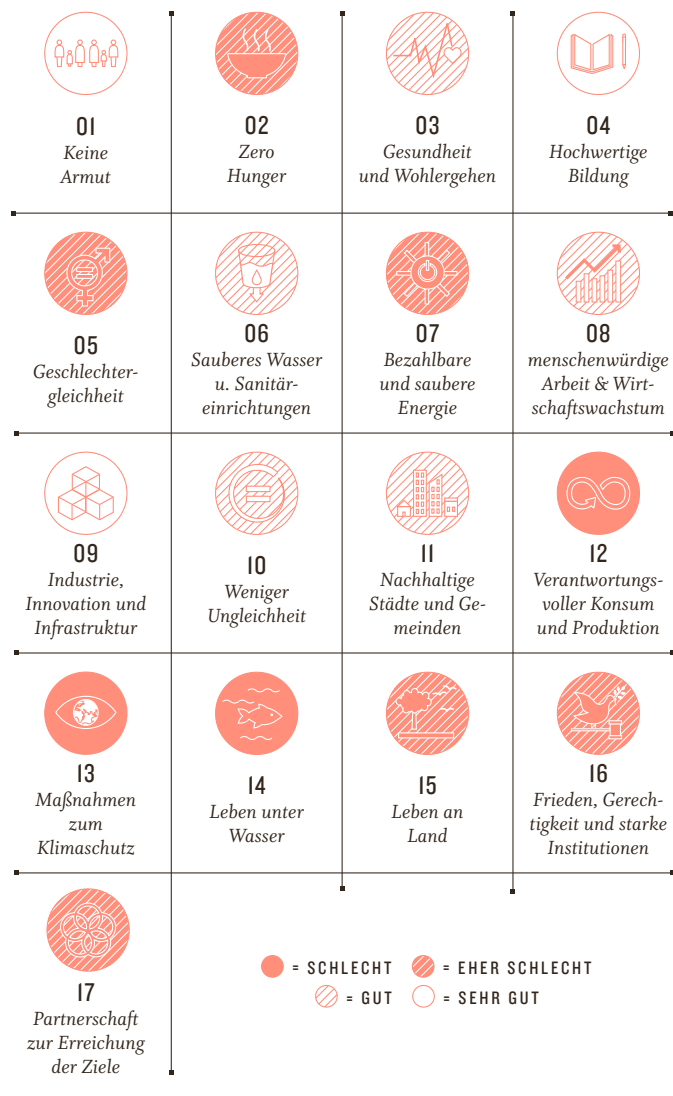


ZÄHLEN, WAS ZÄHLT: SDG-BILANZ VERBESSERN

ENDNOTEN

ABB. 22: DEUTSCHLANDS PERFORMANCE IM SDG-INDEX

Es reicht für den sechsten Platz, aber mit Handlungsbedarf.
Quelle: Sustainable Development Index, Bertelsmann Stiftung, SDSN



Als Beitrag zum Monitoring einer kontinuierlichen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDG) hat die Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN) für Deutschland 2017 in überarbeiteter Form zum zweiten Mal einen SDG-Index veröffentlicht. (1) Danach ist Deutschland zwar insgesamt auf Rang 6 gut positioniert, dennoch gibt es erheblichen Handlungsbedarf (Abb. 22).

Deutlich wird zum Beispiel, dass insbesondere beim Klima- und Meeresschutz sowie im Bereich von verantwortungsvoller Produktion und beim Konsum noch einiges zu tun ist. Maß der SDG-Index ursprünglich ausschließlich Fortschritte bei Zielen innerhalb eines Landes, so berücksichtigt er nun erstmals einige der so genannten „Spillover“-Effekte, also wie sich das Verhalten eines Landes auf andere Länder auswirkt.

Dazu gehören etwa „importierte“ Umweltauswirkungen wie Stickstoff- und CO₂-Emissionen oder Biodiversitätsverluste, die außerhalb der eigenen Landesgrenzen verursacht werden. Das ist ein komplexes Unterfangen, soll aber in künftigen Indizes noch umfangreicher betrieben werden. Denn solche Effekte sind ein guter Indikator für mangelnde Politikkohärenz, die Fortschritte bremst.

Auch der diesjährige Schattenbericht eines Bündnisses deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Umsetzung der Agenda 2030 bescheinigt Deutschland 2017 eine „Großbaustelle Nachhaltigkeit“ (2).

EINFÜHRUNG

(1) germanwatch.org/overshoot (2) <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf> (3) G20 Hamburg Update, www.g20.org/ (4) Afrodad/ADIN: The G20 Compact with Africa: Welcoming the Initiatives with caution (5) tdh, Pressemitteilung, ILO-Zahlen: 10 Millionen Kindersklaven weltweit (6) BMZ, Rede zum Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung, 18.05.2017 (7) BMZ (2017): Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft (8) https://www.unicef.org/media/media_100813.html (9) Bundeshaushalt 2017, Einzelplan 23 (10) BMZ (2017): Entwicklungspolitische Bericht (11) www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/ODA-2016-detailed-summary.pdf (12) www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/refugee-costs-oda.htm (13) BMZ, Zahlen/Fakten, ODA-Leistungen, bilateral, netto, LDC 2011-2015 (14) <http://www.oecd.org/newsroom/development-aid-rises-again-in-2016-but-flows-to-poorest-countries-dip.htm> (15) <http://blogs.die-gdi.de/2017/08/08/krisenpraevention-und-entwicklungspolitik/> (16) <http://blogs.die-gdi.de/2017/08/08/krisenpraevention-und-entwicklungspolitik/> (17) <http://www.deutschlands-verantwortung.de/beitraege/mehr-eigenverantwortung-in-und-fuer-europa> (18) OECD-Bericht <http://www.oecd.org/dac/states-of-fragility> (19) BMF, Presse, 15.03.2017, Eckwertebeschluss (20) Haushaltsentwurf 2018 und Finanzplan, Bundesfinanzministerium, 28.06.2017

HANDLUNGSFELD 01

(1) sustainabledevelopment.un.org/content/documents/14379SDG1format-final_OD.pdf (2) UNDP, <http://hdr.undp.org>, Global Multidimensional Poverty Index, MPI, 2016 (3) Oxford Poverty and Human Development Initiative, 2017, Country briefings (4) Global Peace Index 2017 (5) Brookings, Global Views, 2016, „How close to zero?“ (6) UN Development Report 2016, UNDP, S. 220 und Briefing Note Kenya (7) [welthungerhilfe.de/projektinfo/Kenia/Massai](http://www.welthungerhilfe.de/projektinfo/Kenia/Massai)

HANDLUNGSFELD 02

(1) www.fao.org/news/story/en/item/902489/icode/15,09,2017 (2) Leave No One Behind, Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik, 2016 (3) fts.unocha.org/appeals/overview/2017 (4) Unicef, Narrowing the Gaps: The power of investing in the poorest children (5) GLOPAN_ForesightReport, Food systems (6) Nkonya, Ephraim, ed.; Mirzabaeu, Alisher, ed.; and von Braun, Joachim, ed. 2016. Economics of land degradation and improvement. Cham, Switzerland: Springer International Publishing. doi.org/10.1007/978-3-319-19168-3 (7) www.weltagraberbericht.de/ (8) Brookings.edu Blog Future Development, 2017/07/19, Six steps (9) www.welthungerhilfe.de/blog/ (10) BMZ, Mediathek, Berlin Charta (11) [Bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/170426_BMZ_Bilanz_EZ.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/170426_BMZ_Bilanz_EZ.pdf) (12) www.fao.org/cfs/home/blog/blog-articles/article/en/c448182/ (13) [www.welthungerhilfe.de/wp-content/uploads/2017/02/Sustainable-Integrated-Farming-Systems-a-facilitators-guide-Welthunger-](http://www.welthungerhilfe.de/wp-content/uploads/2017/02/Sustainable-Integrated-Farming-Systems-a-facilitators-guide-Welthungerhilfe-September-2014.pdf)

[hilfe-September-2014.pdf](http://www.globalhungerindex.org/) (14) Broschüre LANN (15) <http://www.globalhungerindex.org/> (16) BMZ, Mediathek, Afrika Marshallplan (pdf), Kap. 2.2. Neue Spielregeln (17) BMZ, Presse, 24.02.17, Dürre in Ostafrika, Bundesminister fordert globalen Krisenfonds (18) Concord, Europe, Consultation reply CAP, 2017

HANDLUNGSFELD 03

(1) http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/06/2016_Global_Trends_WEB-embargoed.pdf (2) Studie Greenpeace und Uni Hamburg, Klimawandel, Migration und Vertreibung, 05/2017 (3) „At the root of exodus“, WEP (4) IOM Umfrage, 2016 Migrant Profiling Report (5) UNHCR Mediterranean Situation, Sea Arrivals, Stand 15.9.2017 (6) Standpunktmedico international, Pro Asyl, Brot für die Welt, 05/2017 (7) [venro.org/presse](http://www.venro.org/presse) (8) www.tdh.de/was-wir-tun/projekte/naher-osten/irak/hilfe-fuer-fluechtlinge-im-irak/

HANDLUNGSFELD 04

(1) Weltbildungsbericht 2017 und UNESCO Institute for Statistics (2) http://www.who.int/gho/child_health/mortality/mortality_under_five_text/en/ (3) UN, Addis Abeba Aktionsplan, 08/2015 (4) „Agents of Change“ – Aktionsplan Kinder- und Jugendrechte, BMZ Papier 04/2017 (5) BMZ-Sprecherin, Juni 2017 (6) World Bank, Later impacts of early childhood-interventions (7) tdh, Was wir tun: Südafrika, Ubuntu-Projekt (8) BMZ, ODA-Leistungen der Länder 2010-2015 (9) Guardian, 11.09.2017, Child Soldier Recruits (10) Studie, Kleinwaffen in Kinderhänden, BITS-Research Report, 2017, tdh et al (11) US Centers for Disease Control and Prevention (CDC)

BRENNPUNKT ZIVILGESELLSCHAFT

(1) Zeitschrift für die Vereinten Nationen, DGVN, 02/17 (2) Civicus, Media Release, People Power Under Attack, 04.04.2017 (3) CIVICUS, Year in Review, June 2016, S. 2 (4) BMZ, Förderung von Good Governance, Konzepte 172, Februar 2009; und Förderung Staat-Gesellschaft-Beziehungen, Strategiepapier 2014 (5) www.hsfk.de/forschung/projekt/engaging-in-shrinking-space-handlungsorientierung-fuer-deutsche-akteurinnen-und-akteure-in-der-entw/ (6) Europaparlament, Protect Defenders, 2017 (7) Konferenz „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“, Venro et al, 04.09.2017

RANKING

(1) SDG-Bericht Bertelsmann (2017), Index-and-Dashboards-Report–full.pdf (2) Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017, Großbaustelle Nachhaltigkeit, www.2030report.de

DIE VOLLSTÄNDIGEN LINKS FINDEN SIE ONLINE UNTER WELTHUNGERHILFE.DE/KOMPASS2030 UND TDH.DE/KOMPASS2030

Abkürzungen

- AA Auswärtiges Amt
- BMU Bundesministerium für Umwelt
- BMF Bundesministerium der Finanzen
- BMZ Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- BNE Bruttonationaleinkommen
- DAC Development Assistance Committee, Entwicklungsausschuss der Industriestaatenorganisation OECD
- DIE Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- EU Europäische Union
- EZ Entwicklungszusammenarbeit
- G7 Gruppe der führenden Industrienationen
- G20 Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer
- HDI Human Development Index
- HIV Immunschwächevirus
- HLPF High Level Political Forum, Nachhaltigkeitsforum der UNO
- IHDI Inequality adjusted HDI
- IOM Internationale Organisation für Migration
- LDC Least developed countries: definiert durch soziale und wirtschaftliche Kriterien, u.a. des Human Assets Index, Economic Vulnerability Index und einem BNE unter 1035 \$ im Mittel von drei Jahren.
- LIC Low Income Country, Definition Weltbank: BNE/Kopf weniger als 1005 Dollar
- MDP Multidimensional poverty/ mehrdimensionale Armut
- MIC Middle Income Country, Definition Weltbank: BNE/Kopf 1006-12235 Dollar
- MPI Multidimensional Poverty Index
- NATO Nordatlantikpakt-Organisation
- NRO Nichtregierungsorganisation
- ODA Official Development Assistance, staatliche Entwicklungshilfe
- ODI Overseas Development Institute
- OECD Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- SDG Sustainable Development Goals, internationale Ziele für nachhaltige Entwicklung
- SDSN Sustainable Development Solutions Network
- SEWOH Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger, BMZ
- SSA Subsahara-Afrika
- UNDP UNO-Entwicklungsorganisation
- UNHCR UNO-Flüchtlingshilfswerk
- UNO Vereinte Nationen
- VENRO Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
- WFP World Food Program, UNO-Welternährungsprogramm

Deutsche Welthungerhilfe e. V.

FRIEDRICH-EBERT-STRASSE 1
53173 BONN
TELEFON 02 28 / 22 88 - 0
FAX 02 28 / 22 88 - 333

BÜRO BERLIN
REINHARDSTRASSE 18,
10117 BERLIN
TELEFON 030 / 288 749 - 11

POLICY@WELTHUNGERHILFE.DE
WELTHUNGERHILFE.DE

terre des hommes Deutschland e. V.

RUPPENKAMPSTRASSE 11A
49084 OSNABRÜCK
TELEFON 0541 / 71 10 - 0
FAX 0541 / 70 72 33

BÜRO BERLIN
STRESEMANNSTRASSE 72,
10963 BERLIN

INFO@TDH.DE
TDH.DE